

... wenn hinten, weit in der Mandschurei, die Völker aufeinanderschlagen

Gerhard Krebs (Berlin)

Konnte sich noch zu Goethes Zeiten, wie im „Faust“ dokumentiert, der deutsche Spießbürger an Sonn- und Feiertagen nichts Schöneres vorstellen, als in unterhaltsamer Form von Kriegen in der fernen Türkei zu hören – gemeint war offenbar der Balkan –, so haben derartige Konflikte spätestens seit dem 20. Jahrhundert und bis in unsere Tage hinein globale Auswirkungen. Noch im Jahre 1931, als Japan mit der Annexion der Mandschurei einen Krieg mit China vom Zaun brach, glaubte die übrige Welt, das Problem mit weitgehend geschlossenen Augen aussitzen zu können. Proteste und Untersuchungen durch den Völkerbund und verschiedene Staaten, mitunter nur als „Nichtanerkennung“ bezeichnet, besaßen dabei eher Alibifunktion. Dass es sich hier um einen Wendepunkt der Geschichte und den Auftakt zum Zweiten Weltkrieg handelte, vermochte man nicht zu sehen oder wollte es nicht wahrhaben. Rückblickend aber erscheint, wie so häufig, der Weg in die Katastrophe so folgerichtig, dass japanische Historiker und andere Geisteswissenschaftler geradezu – großzügig aufgerundet – von einem „Fünfzehnjährigen Krieg“ sprechen, wenn sie die Zeit von dem 1931 provozierten Mukden-Zwischenfall bis Hiroshima und Nagasaki behandeln. Kein Wunder also, wenn die Ereignisse in und um die Mandschurei immer wieder in das Zentrum von Monographien und Fachaufsätzen gerückt werden, von denen hier einige Neuerscheinungen vorgestellt werden sollen:

Stefan HELL: *Der Mandschurei-Konflikt. Japan, China und der Völkerbund 1931 bis 1933*. Tübingen: Universitas Verlag 1999, 285 S.

Klaus SCHLICHTMANN: *Shidehara Kijûrô: Staatsmann und Pazifist – eine politische Biographie*. Hamburg: Deutsch-Japanische Juristenvereinigung [1998], 676 S. (= Veröffentlichung der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung, Bd. 8).

KUNEGI Toshihiro: „Shidehara Kijûrô – ‚heiwa gaikô‘ no honne to tatemae („Shidehara Kijûrô – Wirklichkeit und Prinzip der ‚Friedensdiplomatie‘“), in: YOSHIDA Yutaka u.a.: *Haisen zengo – Shôwa-Tennô to gonin no shidôsha* („Die Zeit vor und nach der Niederlage – der Shôwa-Tennô und fünf führende Persönlichkeiten“). Tôkyô: Aoki shoten 1995, S. 85–131.

Barbara J. BROOKS: *Japan's Imperial Diplomacy: Consuls, Treaty Ports, and War in China 1895–1938*. Honolulu: University of Hawaii Press 2000, XI, 296 S.

- How the Peace Was Lost: The 1935 Memorandum "Developments Affecting American Policy in the Far East"*. Prepared for the State Department by John Van Antwerp MACMURRAY. Edited, and with Introduction and Notes by Arthur WALDRON. Stanford, Cal.: Hoover Institution Press 1992, 170 S.
- Louise YOUNG: *Japan's Total Empire. Manchuria and the Culture of Wartime Imperialism*. Berkeley u. a.: University of California Press 1999, XIV, 487 S. (Paperback; Originalausgabe 1998).
- Susan C. TOWNSEND: *Yanaihara Tadao and Japanese Colonial Policy: Redeeming Empire*. Richmond: Curzon 2000, VIII, 296 S.
- KURONO Taeru: *Teikoku kokubô hôshin no kenkyû – rikukaigun kokubô shisô no tenkai to tokuchô* („Studien zu dem Verteidigungsdenken des Kaiserreiches – die Entwicklung und Besonderheiten der Verteidigungsseiten von Heer und Marine“). Tôkyô: Sôwasha 2000, 363 S.
- Thomas R. GOTTSCHANG/Diana LARY: *Swallows and Settlers: the Great Migration from North China to Manchuria*. Ann Arbor, Mich., Center for Chinese Studies: The University of Michigan 2000, XVII, 231 S.

1. Der Weg nach Mukden und seine Folgen

Japan hatte als Folge des siegreichen Krieges gegen Rußland 1905 in der Mandschurei Fuß gefaßt, als es sich in dem relativ kleinen „Kwantung-Pachtgebiet“ festsetzte. Über die in japanischem Besitz befindliche „Südmandschurische Eisenbahn“ (kurz: Mantetsu) übte es wirtschaftlichen, politischen und – durch die angeblich zum Schutz der Bahnlinien notwendigen Truppen – auch militärischen Einfluß aus. Übrigens bildete die Bahn selbst nur die Spitze des Eisbergs, denn die Gesellschaft, der sie gehörte, engagierte sich in einer Fülle von Wirtschaftsunternehmen einschließlich Bergwerken und Industrie. Eine indirekte Kontrolle über die Mandschurei wurde Japan auch durch wechselnde Allianzen mit chinesischen Lokalmachthabern ermöglicht. Die Einigungserfolge der Kuomintang unter Generalissimus Chiang Kai-shek in den anderen Gebieten Chinas ließen aber eine Einbeziehung der Mandschurei in deren Herrschaft erwarten, und gewisse Kräfte in Japan waren entschlossen, dieser Entwicklung zuvorzukommen.¹

Stefan Hell untersucht in seiner veröffentlichten Magisterarbeit den durch den japanisch-chinesischen Konflikt um die Mandschurei eingeleiteten Niedergang des Völkerbundes. Bekanntlich hatten Offiziere der japanischen Kwantung-Armee im September 1931 bei der Stadt Mukden einen Bombenanschlag auf die Linie der Südmandschurischen Eisenbahn verübt und ihn den Chinesen in die Schuhe zu schieben versucht. Andere japanische Truppen, zuerst solche

¹ Siehe zu der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft als neuere Publikation das Sammelwerk von KOBAYASHI Hideo (Hrsg.): *Kindai Nihon to Mantetsu* („Das moderne Japan und die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft“). Tôkyô: Yoshikawa kôbunkan 2000.

aus Korea, eilten „zu Hilfe“ und eroberten in den folgenden Monaten die gesamte Mandschurei, also das nordöstliche und auf Grund von Rohstoffvorkommen ausgesprochen wertvolle Gebiet im Reich der Mitte. Im folgenden Jahr wurde das „unabhängige“ Manchukuo proklamiert und 1934 der „letzte Kaiser“ Chinas, der 1911 gestürzte Pu-yi aus der Dynastie der Manshu, zum Kaiser dieses neuen Staates erhoben. *De facto* aber herrschte über dieses Gebiet nicht er, sondern der Kommandeur der Kwantung-Armee, der gleichzeitig die Stellung des japanischen Botschafters bekleidete. Die Japaner hatten inzwischen, im Jahre 1933, durch die Eroberung der Provinz Jehol das Gebiet abgerundet und waren aus dem Völkerbund ausgetreten, beleidigt wegen der – wenn auch nur sehr zurückhaltend geäußerten – Kritik aus dessen Reihen. Der Niedergang dieses zahnlosen Tigers war kaum noch aufzuhalten und sollte 1935/36 seinen Abschluß finden, als sich Mussolini bei der Eroberung Äthiopiens auf die Passivität der internationalen Völkergemeinschaft glauben verlassen zu können, wie sie während der Mandschureikrise geherrscht hatte.

„Mourir pour Mukden?“ Diese Frage wurde zwar so nicht gestellt, doch war sie ständig präsent und bildete auch unausgesprochen die Leitlinie der Westmächte. Diese frühe Form von Appeasement unterhöhlte das System der kollektiven Sicherheit, indem sie autoritäre Regime bei ihren aggressiven Aktionen in Sicherheit vor energischen Gegenmaßnahmen wiegte. Hell sieht dafür mehrere Gründe. Einmal hatten die Schlichtungsversuche des Völkerbundes Japan einen Rückzug in Ehren ermöglichen sollen, bewirkten aber das Gegenteil. Premier Wakatsuki und Außenminister Shidehara waren um Schadensbegrenzung und die Wahrung guter Beziehungen zu den Westmächten bemüht, die ihnen daher auch entgegenzukommen suchten. In der Nachfolgeregierung gewann die Armee schon deutlich an Einfluß, der nach der Ermordung von Premier Inukai 1932 weiter anwuchs. Ermöglicht wurde dies durch die verfassungsmäßige Besonderheit Japans, wo das Militär unabhängig von der Regierung war und nominell nur dem Kaiser direkt unterstand. Der Autor macht außerdem ein Defizit an Informationen über das umstrittene Gebiet aus. Der bis dahin keineswegs erfolglos agierende Völkerbund als eine Organisation, die von westeuropäischen Staaten dominiert war – weder die USA noch die UdSSR waren Mitglied –, war überfordert, aus der Propaganda der beiden streitenden Parteien den wahren Hergang zu rekonstruieren. Außerdem galt Japan als rationelle Ordnungsmacht, ganz im Gegensatz zu dem „chaotischen“ China, und sollte als eventueller Bündnispartner gegen die Sowjetunion möglichst nicht verprellt werden. Zudem konnten die Mitglieder nicht auf Grund der Völkerbundsatzung, die genug Schlupflöcher ließ, zu Sanktionen gezwungen werden, von gemeinsamen militärischen Maßnahmen ganz zu schweigen. Auch Nichtmitglied USA war dazu nicht bereit, selbst wenn es mit seinen starken Interessen in Ostasien um eine Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bemüht war. Hell sieht dahinter die eigenen Wirtschaftsinteressen und die starke Verunsicherung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, die der Idee der kollektiven Sicherheit geschadet habe. So paarte sich eine zurückhaltende Verurteilung Japans mit Passivität und nützte

damit dem Aggressor. Dass es auch anders ging, zeigte sich 1932, als der Konflikt auf Shanghai übergriff, wo die wirtschaftlichen Interessen der Westmächte direkt gefährdet waren, aber auf kollektiven Druck hin Japan sich wieder zurückzog. Als Behinderung für ein geschlossenes Handeln sieht der Autor die Tatsache an, dass die wichtigsten Völkerbundsmitglieder und die USA während der eineinhalb Jahre andauernden Mandschurei-Krise neue Regierungen erhielten.

Hell stützt sich in erster Linie auf die Publikationen des Völkerbundes. Unveröffentlichte Quellen hat er nicht benutzt, ebenso kein Material in chinesischer oder japanischer Sprache. Seine Darstellung erscheint im wesentlichen richtig, bietet aber weder neue Erkenntnisse noch Interpretationen. Als Magisterarbeit, die sie ja ist, muss sie positiv beurteilt werden, doch bleibt die Frage, warum sie eigentlich veröffentlicht wurde.

In japanischer Geschichte aber ist Hell keineswegs firm. Der Meiji-Kaiser stirbt bei ihm 1921 (S.30) statt 1912, gefolgt vom Shôwa-Tennô. Die Taishô-Zeit findet also gar nicht statt. Die Partei Seiyûkai regiert bei ihm ununterbrochen bis 1929 (S.31), doch hatte in Wirklichkeit Katô Takaaki bereits 1925/26 ein Kenseikai-Kabinett gebildet und Wakatsuki Reijirô 1926/27 eine Minseitô-Regierung. Dass der Erste Weltkrieg Japan an Prestige und Territorium die bis dato größten Gewinne seiner Geschichte einbrachte (S.35), dürfte bezweifelt werden, bedenkt man die Ergebnisse der Kriege gegen China 1894/95 und Russland 1904/05, als deren Spätfolge 1910 auch noch Korea an Japan fiel, die eigentliche Hauptbeute und der wichtigste Grund für die Konflikte von 1894-1905. Auf der Londoner Flottenkonferenz 1930 wurden nicht die Tonnagen zwischen den USA, Großbritannien und Japan neu fixiert (S.37), sondern das in Washington 1922 für Schlachtschiffe und Flugzeugträger festgelegte Stärkeverhältnis mit kleinen Abweichungen auf Kreuzer und Zerstörer ausgeweitet. Ishiwara Kanji, Vordenker einer Expansionspolitik und einer der führenden Verschwörer von Mukden, hatte nicht den Dienstgrad Leutnant (S.38), sondern den eines Oberstleutnants, stand also vier Rangstufen höher und gehörte damit der typischen „Putschistenklasse“ an.

Trotz der von Japan als Provokation empfundenen „Nichtanerkennung“ fand sich die internationale Staatengemeinschaft *de facto* mit der Annexion der Mandschurei ab. Aus den Reihen der Großmächte wurde das „Kaiserreich Manchukuo“ nur – und erst im Jahre 1938 – von Deutschland offiziell anerkannt,² das schon während der Krisenjahre 1931/32 und damit noch in Zeiten der Weimarer Republik die auch von Hell aufgezeigten goldenen Brücken für Japan zu bauen versucht hatte, sah es doch eingedenk der eigenen revisionistischen Politik durchaus einen Vorteil in Tôkyôs Rebellion gegen die etablierte Nachkriegsordnung. Japans Isolation und ungebremster Expansionsdrang bereiteten langfristig den gemeinsamen Weg mit dem nationalsozialistischen „Dritten Reich“. Dazu

2 Dazu TAJIMA Nobuo: *Nachizumu gaikô to „Manshû jihen“* („Nationalsozialistische Außenpolitik und der ‚Mandschurische Zwischenfall‘“). Tôkyô: Chikura shobô 1992.

waren innerjapanische Umstrukturierungen Voraussetzung, denen der „Held“ von Klaus Schlichtmanns Biographie zum Opfer fiel, Shidehara Kijūrō. Dessen Chinapolitik und die Zeit als Außenminister 1924–27 sowie eine weitere Amtsperiode 1929–31, die also bis in den Mandschurei-Konflikt hineinreichte, bilden den Schwerpunkt der Arbeit.

Schlichtmann hat auch einige Werke in japanischer Sprache sowie unveröffentlichte Dokumenten in Archiven von vier Ländern erschlossen und ausgewertet. Die Persönlichkeit Shideharas steht für den Autor im Übergang zwischen dem alten und dem neuen Japan und bildet schließlich das Bindeglied zwischen der liberalen Taishō-Ära und dem Pazifismus des Atomzeitalters. Der japanische Berufsdiplomat hegte seit jeher Sympathien vor allem für die angelsächsischen Mächte und eignete sich hervorragende Kenntnisse in ihrer Sprache an. Seine Berechenbarkeit, Prinzipientreue und seine Abneigung gegen eine Politik gefährlicher Abenteuer wurde sprichwörtlich, so dass von der „Shidehara-Diplomatie“ gesprochen wurde, die allerdings in Nationalistenkreisen eine negative Bedeutung erhielt. Seine starke Verbindung zum japanischen Finanzkapital mag für eine an den Interessen der Wirtschaft orientierte Außenpolitik und damit für einen Kurs im Einvernehmen mit den angelsächsischen Mächten verantwortlich sein: Schlichtmann weist darauf hin, dass Shidehara nicht etwa eine mit ihm befreundete Engländerin geheiratet hatte, sondern eine japanische Industriellentochter, die seiner Karriere förderlich war (S.209f.). Seine Haltung scheint nicht frei von Opportunismus gewesen zu sein, war er doch durch diese „gute Partie“ eine enge Verbindung mit dem Mitsubishi-Konzern, den Satsuma-Samurai, der Partei Kenseikai und mit einigen wichtigen älteren Diplomaten eingegangen.

Schlichtmann ist sehr bemüht, ein ideologisches Fundament für Shideharas Außenpolitik zu konstruieren, das von Pazifismus geprägt gewesen sei und all sein Handeln bestimmt habe. Der Autor holt dazu sehr weit aus und untersucht internationale und nationale Friedensbewegungen, die dabei Einfluss ausgeübt haben könnten und nach seiner Auffassung ausgeübt haben müssten. Ein zwingender Nachweis wird dabei allerdings nicht erbracht, und einige Behauptungen dürften anzuzweifeln sein, auch wenn der Enthusiasmus Schlichtmanns sympathisch ist. Z. B. wirkt der Versuch, Japan als eine traditionell pazifistische Nation darzustellen, ausgesprochen bemüht, handelte es sich dabei doch in den meisten Epochen seiner Geschichte um ein ausgesprochen kriegerisches Gemeinwesen. Auch der von Schlichtmann wegen einer stark friedfertigen Natur angeführte Buddhismus hatte im Laufe der Jahrhunderte in Japan eine oft geradezu aggressive und militärische Ausrichtung angenommen.³ Auch für Shidehara dürfte nicht eine pazifistische Grundhaltung das einzige Motiv für seine Außenpolitik gewesen sein: Er war schon deshalb um ein erträgliches Verhältnis zu China

3 Siehe z. B. Brian A. VICTORIA: *Zen, Nationalismus und Krieg. Eine unheimliche Allianz*. Berlin: Theseus 1999.

bemüht, um die Hindernisse für Japans Handel und Industrie auszuräumen, die unter Boykottmaßnahmen und Hindernissen für Investitionen litten.

Shidehara verkörperte, wie auch Schlichtmann klar ist, in seiner ersten Amtsperiode (1924–27) als Außenminister eine Politik, die mit den weltweit vorhandenen pazifistischen Strömungen und Abrüstungsbemühungen einherging. Sein Kurs wurde daher von der Mehrheit seiner Landsleute und den Eliten Japans mitgetragen. Angesichts der aktuellen Machtverhältnisse in der Welt blieb Tôkyô auch kaum etwas anderes übrig, als sich mit den angelsächsischen Nationen zu arrangieren. Daher bezeichnet auch Schlichtmann mehrmals Shidehara nicht nur als Idealisten, sondern auch als Realisten. Trotzdem sieht er die Wurzeln für dessen Friedensliebe und Verständigungssuche schon in den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges. Gegen Ende der zwanziger Jahre aber drehte sich der Wind und führte zu einer innerjapanischen Radikalisierung. Der vorsichtige Kurs gegenüber China hatte sich nach Ansicht vieler Politiker und Militärs nicht ausgezahlt. Unter dem Kabinett von Tanaka Giichi, einem inaktiven General und Parteivorsitzenden der Seiyûkai, der gleichzeitig das Amt des Außenministers übernahm, kam es in den Jahren 1927–29 immer wieder zu militärischer Intervention und zur Ausübung von Druck gegen China. Die „Tanaka-Diplomatie“ wurde daher als Gegenpol zur „Shidehara-Diplomatie“ empfunden. Schlichtmann ist aber klar, dass in Japan viele Historiker den Kurs Shideharas nur für einen Imperialismus mit anderen Mitteln, d.h. für einen Imperialismus mit einem lächelnden Gesicht halten, wobei das eigene Land wirtschaftliche Ziele verfolgte und allein durch seine militärische Präsenz als Drohung wirkte, so dass es seinen Einfluss auch ohne Kriege erweitern zu können glaubte. Zumindest existieren keine Belege, dass Shidehara den von Japan betriebenen Imperialismus grundsätzlich ablehnte oder gar bekämpfte. Eine Sonderstellung für Japan in der Mandschurei strebte auch er immer an. Schlichtmann weist sogar nach, dass der Diplomat sich Verletzungen internationaler Rechte erlaubte, so am Vorabend des Krieges gegen Russland 1904, wenn es Japan nur nützte (S.211f.). Allgemein aber gilt Shidehara bis heute als Idealist, der mit seinem mangelnden Realitätssinn scheiterte oder gar scheitern musste.

Bei dem Rivalitätskampf um die richtige Außenpolitik aber scheiterte zunächst einmal Tanaka Giichi. Als japanische Verschwörer aus Heereskreisen 1928 den Kriegsherrn der Mandschurei, Zhan Zuolin (Chang Tso-lin), ermordeten, zwang der Kaiser den Premier zu schonungsloser Offenlegung des Vorfalls. Tanaka verlor das Gesicht, trat zurück und starb kurz darauf als völlig verbitterter Mann. Bedauerlich ist, dass Schlichtmann bei der Untersuchung dieser Entwicklung nicht die Tagebücher von Makino Nobuaki⁴ ausgewertet hat, einem ehemaligen Diplomaten, der zu dieser Zeit das wichtige Hofamt des Lordsiegelbewahrers bekleidete. Dessen Vertrauter Shidehara wurde in dem neu gebildeten Kabinett der liberaleren Partei Minseitô wieder Außenminister, sah sich aber in

4 ITÔ Takashi/HIROSE Junkô (Hrsg.): *Makino Nobuaki nikki* („Die Tagebücher von Makino Nobuaki“). Tôkyô: Chûô kôronsha 1990.

der Annahme, er könnte zur Tagesordnung und zur Politik seiner früheren Amtsperiode zurückkehren, schnell getäuscht. Das zeigte sich zunächst in der Abrüstungspolitik: 1922 hatte Shidehara, seinerzeit Botschafter in Washington, erfolgreich sein Gewicht in die Waagschale geworfen, um Japans Zustimmung zu einem weitgehend den Wünschen der angelsächsischen Mächte folgenden Flottenabkommen und China betreffenden Verträge zu erreichen. Als im Jahre 1930 in London ein ergänzendes Abkommen ausgehandelt wurde, setzte er sich als Außenminister zwar erfolgreich für eine Unterzeichnung ein, rief aber einen Sturm der Entrüstung in den Streitkräften, nationalistischen Kreisen und sogar im Parlament hervor. Die gemäßigten Kräfte Japans sollten künftig nur noch Rückzugsgefechte führen. Premierminister Hamaguchi wurde ermordet, Shidehara fungierte zeitweise als amtierender Regierungschef, und das neue Kabinett Wakatsuki wurde durch die nationalistische Aufwallung als Folge des Mandschurei-Konfliktes Ende 1931 hinweggefegt.

2. Shideharas doppeltes Spiel

Der Annexion der Mandschurei stand nichts mehr entgegen, und die Hoffnung auf Rückkehr zu der alten Chinapolitik hatte sich als Illusion erwiesen. Schlichtmann folgt hierbei weitgehend Shideharas eigener Argumentation, China habe eine gehörige Portion Mitschuld an der Entwicklung, da es die von ihm selbst ausgestreckte Freundschaftshand nicht entschlossen ergriffen habe. Es ist aber fraglich, ob Shidehara wirklich solch eine konsequente Politik gegen die Absichten der Armee verfolgt hatte, wie er selbst in seinen Erinnerungen glauben machen möchte. Wie vor allem in dem Artikel von Kunegi Toshihiro betont wird, verteidigte er dem Ausland gegenüber mit Vehemenz das Vorgehen der japanischen Militärs und beharrte auf den angeblichen Rechten seines Landes in der Mandschurei. Ebenso habe er in den Jahren zuvor militärische Aktionen Japans gerechtfertigt, wenn dessen angebliche Rechte und Sonderinteressen in China gefährdet gewesen seien, so z.B. auch in Shanghai, Tsingtau und der Inneren Mongolei. Das vorherrschende Image einer „Friedenspolitik“ sei daher nur auf Shideharas effektive Selbstdarstellung nach 1945 zurückzuführen. Auch andere kritische Historiker in Japan haben in den letzten Jahren Belege zusammengetragen, wonach der Außenminister – und ebenso sein Premier Wakatsuki – durchaus als „Falke“ in der Politik gegenüber der Mandschurei erscheinen, sogar schon vor dem Zwischenfall von Mukden.⁵ Diese Diskrepanz wird leider von Schlichtmann gar nicht behandelt. War Shidehara nicht auch hierin entweder ein Opportunist oder ein – letztlich im innerjapanischen Kampf gescheiterter – Taktiker? Glaubte er, von den angelsächsischen Mächten Teilzugeständnisse

5 Siehe z.B. HASHIKAWA Bunzô: „Tanaka Giichi to Shidehara Kijurô“, in: TAKEUCHI Yoshimi /HASHIKAWA Bunzô (Hrsg): *Kindai Nihon to Chûgoku* (Das moderne Japan und China). Bd.2, Tôkyô: Asahi shinbunsha 1974, S.9–25; INOUE Kiyoshi: „Manshû‘ shinryaku“ [Die Eroberung von „Manshû“], in: *Iwanami kôza. Nihon rekishi*, Bd.20 (= Kindai 7). Tôkyô: Iwanami shoten 1976, S.1–42, hier S.20–23, 35–38; EGUCHI Keiichi: *Futatsu no taisen* („Die beiden Weltkriege“). Tôkyô: Shôgakukan 1989, S.151, 194–6.

erhalten zu können, die seine eigene Position und den Kern seiner Politik hätten retten können?

Auch in Barbara Brooks Studie, die sich vor allem der sich über vier Jahrzehnte hinziehenden Entmachtung des japanischen Außenministeriums zugunsten der Armee durch die Chinapolitik widmet, nimmt Shidehara keineswegs eine pazifistische Haltung ein. Der Mandschurei-Konflikt bildete ja den Höhe- und Wendepunkt in dem innerjapanischen Machtkampf und steht daher auch im Zentrum von Brooks Untersuchung. Die Autorin belegt zunächst, dass Japans Expansionspolitik seit dem Krieg gegen China 1894/95 nicht nur von der Armee aktiv betrieben wurde, sondern auch von dem Außenministerium, wenn auch mit nichtmilitärischen Mitteln. Daher rührt der im Titel verwendete Begriff der „imperialen Diplomatie“. Gemäßigtere Beamte wurden schon allein dadurch geschwächt, dass jüngere Kollegen aus dem eigenen Ressort mit der Armee sympathisierten und die Handlungsfreiheit der Spitze einengten. Die Autorin weist außerdem nach, dass sich die besonneneren unter Japans Diplomaten in der Mandschurei häufig am Rande tätlicher Auseinandersetzungen mit Armeeangehörigen befanden und zum Teil unter Lebensgefahr großen persönlichen Mut bewiesen. Diese Spannungen und die damit verbundenen Risiken mögen Shideharas Schaukelpolitik mit verursacht haben. Brooks belegt ferner – und darin liegt ein besonderer Wert ihrer Studie –, dass „klassische“ Diplomaten, für die eine Wahrung der chinesischen Souveränität absolute Priorität besaß, durchaus Kritik an Shideharas nachgiebigem Kurs gegenüber der Armee übten. Dazu gehörte z.B. der auf eine lange China-Erfahrung zurückblickende Ishii Itarô, zu der Zeit Konsul im mandschurischen Kirin (Ilin), der aber bald darauf auf Druck der Armee von diesem Posten abberufen wurde.⁶ Länger wirken konnte Hayashi Kyûjirô, Generalkonsul in Mukden (Fengtian) und ebenfalls China-Spezialist, doch drängte auch er den Außenminister vergebens zu größerer Standhaftigkeit. Er riet ihm z.B., einen Gesamtrücktritt des Kabinetts und dann die Bildung einer Koalitionsregierung aus den beiden konservativen Parteien Minseitô und Seiyûkai herbeizuführen, wodurch z.B. der Armee der Geldhahn zugekehrt werden sollte. Hayashis Telegramme führten zwar zu einem vorübergehenden Anhalten der Verstärkungen aus Korea, doch handelte es sich für das Außenministerium höchstens um einen kurzlebigen Achtungserfolg. Im Dezember musste das Kabinett Wakatsuki ohnehin zurücktreten, in Japan kaum betrauert und international diskreditiert.

Andererseits gab es, wie bei Brooks deutlich wird, durchaus japanische Berufsdiplomaten, die sich auf die Seite der Armee schlugen und dadurch auch ihre persönliche Karriere förderten. Bestes Beispiel war Ôhashi Chûichi, Generalkonsul in Harbin, der bereits vor dem Mandschurischen Zwischenfall eine China-feindliche Haltung eingenommen hatte. Er wurde Vizeaußenminister des

6 Nach Ausbruch des Krieges mit China 1937 bemühte sich Ishii in seiner Eigenschaft als Direktor des Ostasienbüros im Außenministerium mit großem Einsatz, wenn auch vergeblich, um eine diplomatische Beilegung des Konfliktes.

Marionettenstaates Manchukuo und sollte es 1940 zu der gleichen Position in Tôkyô unter Matsuoka Yôsuke bringen, einem Gesinnungsgenossen in der „mandschurischen Clique“.

Obwohl wiederholt bei Brooks anklingt, dass „Falken“ und „Tauben“ in allen politischen Lagern Japans anzutreffen waren, verwendet sie oft zu pauschal Begriffe wie „das Militär“ oder „die Armee“. Das wird bei der Behandlung des 1937 ausgebrochenen Krieges mit China noch deutlicher als in dem Abschnitt über die Mandschurei. Dass Außenminister Hirota Kôki sein Plazet zur Ausweitung und Fortführung des Konfliktes gab, führt die Autorin auf dessen Passivität und Gefügigkeit gegenüber „der Armee“ zurück. Deren vereinzelte Anti-Expansionisten hätten vergeblich auf eine führende Rolle des Außenministeriums bei einer friedlichen Lösung gehofft (S.180f.). Richtig ist vielmehr, dass Hirota ausgesprochen aktiv war, aber nicht im Sinne des Friedens, sondern er bediente sich allerlei Tricks, um den Falken in der Armee zum Sieg zu verhelfen. Er wurde im Mai 1938 auch nicht wegen „Erfolglosigkeit“ (so S.180) abgelöst, sondern weil Premier Konoe die Einsicht gekommen war, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei und deswegen ein Friedensschluss angestrebt werden müsse, für den Hirota ein Hindernis bilden würde. Dass die von Brooks (S.187) kurz erwähnte deutsche Vermittlungsaktion 1937/38 auf Initiative des japanischen Generalstabs hin zustande gekommen war, der bis zuletzt – gegen den Widerstand von Heeresministerium, japanischer China-Armee, Außenminister und Marine – daran festhielt, ist der Autorin gar nicht bewusst. Statt dessen macht sie „die Armee“ für das Scheitern verantwortlich. Genauso falsch ist die Annahme, „die Marine“ und vor allem ihr Minister Yonai Mitsumasa hätten alles versucht, den Vermittlungsversuchen zu einem Erfolg zu verhelfen.⁷ Vielmehr hatte Yonai die harte Haltung Hirotas und des Heeresministeriums unterstützt, bot ihm doch eine Fortsetzung des Krieges die Chance, alte Träume zu verwirklichen. So dehnte die Marine während seiner zweiten Amtsperiode (Juni 1937 – Januar 1939) und mit seiner tatkräftigen Unterstützung den Konflikt auf Shanghai und Süd-China aus, besetzte dabei u.a. nicht nur die Inseln Hainan und Pratas, sondern auch die Paracel-Gruppe und die Spratlys, Inseln von ungeklärter territorialer Zugehörigkeit, so dass sich schon vor Ausbruch des Krieges in Europa 1939 eine Kette japanischer Stützpunkte unmittelbar vor den Küsten Südostasiens und Hongkongs befand.

Der Westen hätte ab 1931 durchaus energischer gegen Japan vorgehen können, das weit und breit keinerlei Bundesgenossen von Gewicht hätte finden können. Das Deutsche Reich konnte diese Rolle allerfrühestens fünf Jahre später übernehmen, eine Entwicklung, die zur Zeit der Mandschurischen Krise noch gar nicht abzusehen war. Wusste oder ahnte Shidehara bei seiner nach außen zur Schau gestellten apologetischen Haltung vielleicht, dass es im diplo-

7 Siehe z.B. Gerhard KREBS: *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges*. 2 Bde, Hamburg: O.A.G. 1984 (= Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (MOAG), Bd.91), Kap. II, 1.

matischen Dienst der USA durchaus, wenn auch nur vereinzelt, Mitarbeiter gab, die Japan den Weg zurück in das System des Washingtoner Vertrages von 1922 ebnen wollten? Hoffte man womöglich, dass der Ausbruch des Kaiserreiches aus der darin errichteten – und in Versailles bereits anvisierten – Weltordnung nur vorübergehender Natur wäre? Sah nicht außerdem so manch ein amerikanischer Politiker und Diplomat durchaus auch eine Mitschuld Chinas, das seines inneren Chaos' nicht Herr wurde und damit eine selbsternannte Ordnungsmacht Japan auf den Plan gerufen hatte? War dabei nicht vielleicht bei aller vorgebrachten Empörung im Ausland nicht auch ein Quäntchen Erleichterung zu spüren gewesen? In diesem Licht dürfte auch die vielfältige Erscheinung chinesischer „Kollaboration“ zu sehen sein. Hielt man nicht vielleicht Japan für berechenbarer als es die eigene Regierung bzw. die eigenen zersplitterten Regime waren?

Dabei dürfte es von großem Wert sein, einmal das Memorandum heranzuziehen, das der amerikanische Diplomat John Van Antwerp MacMurray (1881–1960) im Jahre 1935 im Auftrage von Stanley K. Hornbeck, dem Direktor der Ostasienabteilung im US-Außenministerium für sein Ressort verfasst hatte, das wegen des erstarkenden japanischen Militarismus' so besorgt war. Schließlich hatte Japan seit der Eroberung der Mandschurei ja vorübergehend Shanghai besetzt, die chinesische Provinz Jehol an die Mandschurei angegliedert und sich um Erweiterung seines Einflusses in der Inneren Mongolei bemüht. Obwohl MacMurrays Memorandum schon relativ früh, als es noch unveröffentlicht war, von einigen Autoren erwähnt wurde – so von George F. Kennan 1951 in seinem einflussreichen Buch „*American Diplomacy*“⁸ –, wurde es erst 1992 im Wortlaut publiziert. Dieses Verdienst gebührt dem Herausgeber Alfred Waldron, der dazu äußerst mühselige Recherchen durchgeführt hatte, um dem Text eine kenntnisreiche Einführung vorzustellen und einen für den Wissenschaftler äußerst wertvollen Anmerkungsapparat beifügen zu können. Leider hat dieses Dokument in der Geschichtsschreibung nicht die gebührende Aufmerksamkeit erhalten, so auch nicht in den hier behandelten Monographien, vielleicht weil die Schlussfolgerungen MacMurrays und die darin enthaltenen Warnungen von den zeitgenössischen amerikanischen Politikern weitgehend in den Wind geschlagen worden waren: Der Verfasser sagte voraus, dass sich die USA – sollten sie nicht bald eine ausgewogene Asienpolitik führen – eines Tages mit Japan im Krieg befinden würden. Trotz eines mit Sicherheit zu erringenden amerikanischen Sieges würde dadurch ein Machtvakuum in Asien entstehen, das von der Sowjetunion als neuem Unruhestifter gefüllt werden könnte.

Der Berufsdiplomat MacMurray hatte sich 20 Jahre lang mit Asien beschäftigt und 1925–29 als US-Gesandter in China gedient. Als er das Memorandum verfasste, war er Gesandter in den Baltischen Staaten, befand sich aber auf einem längeren Heimaturlaub. In seiner Studie nimmt MacMurray eine internatio-

8 George F. KENNAN: *American Diplomacy, 1900–1950*. Chicago: Chicago University Press 1951, S. 51f.

nalistische Haltung ein, um eben zu dem stark erodierten System von Washington zurückzukehren und auch Japan wieder mit einzubinden. Als kontraproduktiv sah er das herrschende Chaos in Asien an, besonders in dem von den Nationalisten (Kuomintang) beherrschten China, das auch internationale Gesetze missachte, u. a. durch die einseitige Aufkündigung von Verträgen mit Japan. Das Reich der Mitte müsste seiner Ansicht nach von den beteiligten Mächten stärker an die Kandare genommen werden, damit es sich in das einmal etablierte System einordne, d. h. in das Prinzip wechselseitiger Konsultation und Kooperation. Er warf der amerikanischen Politik vor, besonders Außenminister Frank B. Kellogg, China nur zu Wohlverhalten gegenüber den USA zu drängen, ohne an dessen korrekter Haltung gegenüber anderen Ländern Interesse zu zeigen. Amerika beachte deshalb Tôkyôs Drängen nicht, gemeinsam eine Lösung des China-Problems anzugehen. Dadurch werde das Reich der Mitte zu einer halstarrigen Haltung gegen Japan ermutigt, das dadurch wiederum zu einem Angriffskrieg aus Verzweiflung provoziert werden könnte. MacMurray wies dabei auf die Tatsache hin, dass einige japanische Diplomaten durchaus an einer Politik aktiver Zusammenarbeit mit den Mächten des Washingtoner Vertrages interessiert seien, aber ständig an Boden zugunsten radikaler Kräfte verlören, die auf einer militärischen Aktion bestünden, um Japans besondere Position in der Mandschurei zu sichern. Diese Entwicklung müsse aus dem Zusammenhang der inneren Entwicklung Japans heraus verstanden werden und nicht aus der US-Außenpolitik heraus.

Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass sich MacMurrays Jahre auf dem Posten des Gesandten in China mit Shideharas erster Amtszeit als Außenminister überschneiden hatte. Als sich Kuomintang-Truppen 1927 bei der Einnahme Nankings massenhaft Übergriffe gegen Ausländer – Europäer, Amerikaner und Japaner – und ihr Eigentum hatten zuschulden kommen lassen, hatte MacMurray Außenminister Kellogg zu einer bewaffneten Intervention der betroffenen Mächte gedrängt. Dieser aber übte sich in Zurückhaltung, ebenso wie Shidehara, der sich gegen Truppenentsendungen aussprach und langfristig auf einen Ausgleich mit Chiang Kai-shek setzte. Mehr als einmal äußerte daher MacMurray seinen Unmut über die nachsichtige Haltung der USA gegenüber China, die von dem Bestreben gelenkt war, einen zweiten Boxerkrieg zu vermeiden. Hierbei muß betont werden, dass MacMurray während seiner Zeit als Gesandter in Peking wiederholt eine Entwicklung vorausgesagt hatte, wie sie mit dem „Mandschurischen Zwischenfall“ einsetzte. Im Gegensatz zu der verfolgten Absicht, mit der Unterstützung für China die Stabilität und Sicherheit Ostasiens zu fördern, so lautete der Schluss in seinem Memorandum, fördere Washington in Wirklichkeit durch diese Politik Spannungen in Ostasien, die sich in einem bewaffneten Konflikt entladen und letztlich auch die USA mit in den Krieg hineinziehen könnten. Auf keinen Fall dürfe Amerika weiterhin rhetorisch Positionen einnehmen, die es nicht gegebenenfalls mit militärischen Mitteln durchzusetzen bereit sei, da sonst der Weg in die Katastrophe noch wahrscheinlicher würde.

MacMurray wies wiederholt auf die jahrelange Vertragstreue Japans hin: Es hatte sich 1922 aus Shantung zurückgezogen und sich auch an die sonstigen Verpflichtungen aus den Washingtoner Abkommen gehalten. Dagegen habe China, der eigentliche Gewinner des Washingtoner Systems, keinerlei Bereitschaft zur Kooperation gezeigt, sondern sich vielmehr widerborstig bei der Verwirklichung der Bestimmungen gezeigt, so z.B. bei den Zollverhandlungen in Peking. Die Fremdenfeindlichkeit in China habe eine lange Tradition und sei zusätzlich von den Kommunisten geschürt worden. Ein Chaos sei durch die regionalen Warlords angerichtet worden, die sich nach MacMurrays Ansicht kaum von ordinären Räuberhauptleuten unterschieden. Auch die – von dem offiziellen Washington geschätzte – Kuomintang und ihre Truppen wurden kaum günstiger beurteilt. In seinem Memorandum wies er also China die Hauptschuld an den Spannungen in Ostasien zu und widersprach der landläufigen amerikanischen Überzeugung, Japan sei der Bösewicht, der Kriege anzettelle. Tôkyôs Politik der 1930er Jahre sah er keineswegs als Beispiel unprovokierter Aggression oder als Ergebnis eines maßlosen Militarismus', sondern als Folgen der Aktionen durch andere Staaten, besonders durch China, aber auch durch die USA, in der vorausgegangenen Periode. Diese, nicht etwa Japan, hätten das Washingtoner System unterminiert. Hornbeck war äußerst unzufrieden mit den erhaltenen Schlüssen und machte keinen weiteren Gebrauch von der Studie. Der Inhalt zirkulierte aber unter der Beamtenschaft des US-Außenministeriums, das unbeeinträchtigt seine Politik der Unterstützung für China fortsetzte.

MacMurray hatte seinen Gesandtenposten in China 1929 aus Unzufriedenheit mit der US-Politik aufgegeben und war aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden – wie sich zeigen sollte: nur vorübergehend – um eine Lehrtätigkeit an der Johns Hopkins Universität in Baltimore aufzunehmen. Dass er 1933 dann doch wieder für das State Department arbeitete und als Vertreter seines Landes nach Riga ging, war auf eine persönliche Intervention von Präsident Roosevelt zurückzuführen, der den eigenwilligen Diplomaten schätzte. Er bot ihm sogar 1937 den Botschafterposten in China an, stieß aber auf Ablehnung. MacMurray hatte inzwischen den Gesandtschaftsposten in Ankara eingenommen und war entschlossen, darauf zu verbleiben.

Einer der wenigen, die der Studie große Sachkenntnis und Ausgewogenheit zwischen Japan und China bescheinigten, war der amerikanische Botschafter in Tôkyô, Joseph C. Grew, der aber häufig selbst als „Appeaser“ kritisiert wurde. Er fürchtete, ähnlich wie MacMurray, die Attraktivität, die das durch eine militärische Niederlage entstehende Machtvakuum auf die Expansionsgelüste der Sowjetunion ausüben würde. Diese Ahnung sahen der bereits erwähnte Spitzendiplomat George F. Kennan und andere Amerikaner einige Jahre nach 1945 bestätigt, als die Kommunisten in China die Macht errungen hatten und der Korea-Krieg ausgebrochen war. Kennan urteilte wie folgt:

There were qualified observers who questioned long before World War II the adequacy of a policy oriented increasingly toward the undermining of the positions of the foreign governments in China and the frustration of Japan's interests on the mainland. One of our best informed professional

diplomats, Mr. John V.A. MacMurray, retired since several years, wrote in 1935 an extremely thoughtful and prophetic memorandum, in which, pointing to the likelihood of a war with Japan if we continue in the course we were following, he observed that even the most drastic achievement of our objectives in such war would only play into the hands of Russia and raise a host of new problems...

These words need no other commentary than the situation we have before us today in Korea. It is an ironic fact that today our past objectives in Asia are ostensibly in large measure achieved. The Western powers have lost the last of their special positions in China. The Japanese are finally out of China proper and out of Manchuria and Korea as well. The effects of their expulsion from those areas have been precisely what wise and realistic people warned us all along they would be. Today we have fallen heir to the problems and responsibilities the Japanese had faced and borne in the Korean-Manchurian area for nearly half a century, and there is a certain perverse justice in the pain we are suffering from a burden which, when it was borne by others, we held in such low esteem. What is saddest of all is that the relationship between past and present seems to be visible to so few people. For if we are not to learn from our own mistakes, where shall we learn at all?⁹

MacMurrays Memorandum zirkulierte nun als Klassiker in Diplomatenkreisen, von den einen als ignorierte Prophezeiung angesehen und von den anderen aufs heftigste bekämpft. In der Geschichtsschreibung wird die Studie, wenn sie denn behandelt wird, meist negativ beurteilt, entweder als anti-chinesisch oder als Produkt einer Appeasement-Haltung.¹⁰ MacMurray fühlte sich missverstanden und widersetzte sich einer Veröffentlichung seines Memorandums zu Lebzeiten.

Als Shidehara 1931 unter ausländischen Diplomaten um Verständnis für Japans „Intervention“ in der Mandschurei warb, konnte er also wohl zumindest auf die Zustimmung amerikanischer Diplomaten vom Schlage eines MacMurray hoffen, wie gering ihre Zahl auch sein mochte. Dessen Gedankengänge dürften dem japanischen Außenminister durchaus aus der Zeit des Amerikaners auf dem Gesandtenposten in China vertraut gewesen sein. Shidehara verfügte nämlich nach China über einen besonderen Draht, da der an der dortigen japanischen Gesandtschaft tätige Saburi Sadao sein engster – vielleicht auch sein einziger – Vertrauter im diplomatischen Dienst war. Alle drei – Shidehara, Saburi und MacMurray – hatten übrigens wichtige Rollen auf der Washingtoner Konferenz 1921/22 gespielt und besaßen großen Anteil an dem Verhandlungserfolg. Eben dieses „Washingtoner System“ versuchten sie zu retten und wiederzubeleben, waren sie doch gewissermaßen ein „eingespieltes Team“. MacMurray lobte in seinem Gutachten (S. 78f.) die reibungslose Zusammenarbeit mit den Japanern zur Lösung internationaler Probleme in China geradezu überschwänglich. Sie sei besser gewesen als mit irgendeiner anderen involvierten Nation. Diese Tatsache führte er vor allem auf die engen Beziehungen zwischen Shidehara und

9 Ebenda.

10 Arthur WALDRON: *Introduction. The Making of a Memorandum*, S. 41f., 46, 54f.

Saburi zurück, welcher der Stellung nach lediglich Gesandtschaftsrat war. Der besondere Draht des amerikanischen Diplomaten zum japanischen Außenministerium riss aber ab, als Shidehara durch die Bildung des Seiyūkai-Kabinetts unter Tanaka Giichi (April 1927 – Juli 1929; in diese Periode fiel der erste Mukden-Zwischenfall) sein Amt verlor. Als er 1929 erneut das Außenministerium übernahm, ging die Dienstzeit des frustrierten MacMurray in China auf eigenen Wunsch bald darauf zu Ende. Im gleichen Monat ernannte Shidehara den ehemaligen Partner des Amerikaners, Saburi Sadao, zum Gesandten in China, aber einen Monat später fand man diesen mit einer Schusswunde im Kopf tot im japanischen Hakone auf, kurz nachdem er mit seinem Außenminister die nächsten Schritte der China-Politik abgesprochen hatte. Die offizielle Version eines Selbstmordes fand nie rechten Glauben, und viele Anzeichen deuteten auf einen Mord hin.¹¹

Die Einflusslosigkeit von MacMurrays Memorandum findet ihr Gegenstück in dem Machtverlust, den das japanische Außenministerium und vor allem Shidehara erlitten, bis hin zu seiner Ablösung im Amt. Schlichtmann charakterisiert Shideharas Existenz von 1931–45 als „innere Emigration“, vertritt aber die Ansicht, der Politiker sei keineswegs ganz einflusslos gewesen. Er habe, inzwischen zum Baron geadelt und Mitglied des Oberhauses, durch seine zahlreichen Kontakte auf andere Diplomaten und Politiker eingewirkt, um den großen Krieg zu verhindern bzw. ihn nach seinem Ausbruch baldmöglichst wieder zu beenden. Dieses Urteil mag eine gewisse Berechtigung haben, doch sind diese Bemühungen unzureichend dokumentiert (S.435f., 438–441), hauptsächlich mit Shideharas eigenen Memoiren, denn sonst existieren kaum Belege, die entsprechende Anstrengungen nachweisen. Schlichtmann ignoriert dagegen die Informationen über die Hauptaktivisten, die eindeutiger der Friedenspartei zuzuordnen sind, wie Konoe Fumimaro, Yoshida Shigeru und Prinz Higashikuni Norihiko. Außerdem ist Schlichtmann entgangen, dass Shidehara keineswegs durchgehend für einen Friedensschluss plädiert hatte, sondern sich z. B., wie von Kunegi überzeugend dokumentiert, noch bis Frühjahr 1945 dafür eingesetzt hatte, den Kampf unerbittlich fortzusetzen, um später in militärisch günstigerer Situation eine Kriegsbeendigung zu weitgehend japanischen Bedingungen zu erreichen (KUNEGI S.96f., 99).

Nach Japans Niederlage, im Oktober 1945, wurde Shidehara zum Premierminister ernannt. Er war in der Öffentlichkeit fast völlig vergessen gewesen, galt unter amerikanischer Besatzung aber als der geeignete Mann für das Amt des Regierungschefs, genoss er doch in den USA einen guten Ruf. Schlichtmann sieht Shidehara auch als den Vater von Artikel 9 der japanischen Nachkriegsverfassung an, durch den eine Absage an Kriegführung und die Unterhaltung von Streitkräften erteilt wird. Der Autor ist sich aber klar darüber, dass diese Annahme umstritten ist (S.496) und die Idee für völlige Entmilitarisierung

11 Auch Shidehara glaubte an einen Mord; s. SHIDEHARA Kijūrō: *Gaikō gojūnen* („50 Jahre Außenpolitik“). Tōkyō: Hara shobō 1974, S.93–95.

von den Amerikanern stammen könnte. Schon in ihren Planungen während des Krieges hatte eine völlige Demilitarisierung Japans einen wichtigen Platz eingenommen, und Shideharas Vorstoß – wenn es ihn denn gegeben haben sollte – könnte so etwas wie „vorausseilender Gehorsam“ gewesen sein. Jedenfalls sah der erste japanische Verfassungsentwurf (Matsumoto-Entwurf) von Anfang 1946, also bereits unter dem Kabinett Shidehara, mit der größten Selbstverständlichkeit die Unterhaltung von Streitkräften vor, über die sogar der Kaiser weiterhin den Oberbefehl führen sollte. Shidehara selbst hatte ohnehin keine große Begeisterung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gezeigt. Seine angeblichen Vorschläge für einen konstitutionell abgesicherten Verzicht auf Militär sind hauptsächlich von MacArthur überliefert, der aber – ebenso wie das bewusst erzeugte Bild eines friedliebenden Kaisers Hirohito – damit amerikafreundliche Kräfte in Japan stärken wollte und ihnen dabei mitunter Äußerungen in den Mund legte, die sonst kaum dokumentiert sind. Jedenfalls fegte der General den Matsumoto-Entwurf sofort vom Tisch, ließ von seinem Hauptquartier Anleitungen für die japanische Regierung erarbeiten und verpflichtete Shidehara in einer dreistündigen Unterredung am 21. Februar zur Abschaffung des Militärs. Wie von einem damaligen japanischen Kabinettsminister belegt ist, wehrte sich der Premier zunächst, da sein Land dann das einzige in der Welt ohne Streitkräfte wäre,¹² gab aber schließlich nach, da er als Alternative die Abschaffung der Monarchie befürchtet zu haben schien. Dann ließ MacArthur von seinem Stab einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der als Gegenkonzept zu dem noch stark an der Konstitution der Meiji-Zeit orientierten Matsumoto-Plan anzusehen ist.

Schwerwiegende Fehlteile finden sich bei Schlichtmann nicht, auch wenn einiges an Aussagen spekulativ bleibt. In Einzelheiten, die nicht besonders gravierend sind, hat der Autor aber nicht immer sorgfältig recherchiert. Z.B. war Suma Yakichirô (nicht: Yashichirô) nicht Botschafter in Italien (so S.327), sondern 1940–45 Gesandter in Spanien. Die deutschen Militärberater in China wurden nicht während Shideharas zweiter Amtszeit durch japanische Offiziere ersetzt (S.369), sondern blieben bis 1938 im Dienste Chiang Kai-sheks. Uno Shigeaki war kein zeitgenössischer Autor des Mandschurei-Konfliktes (S.415), sondern ist erst 1930 geboren. Eine Kabinettsbildung unter Ugaki Kazushige hat es 1937 (so S.423) und auch sonst nicht gegeben, sondern sie war von der japanischen Armee verhindert worden. Admiral Nomura Kichisaburô wurde 1940 nicht als Sonderbotschafter nach Washington entsandt (S.432), sondern als regulärer Botschafter; Sonderbotschafter wurde vielmehr 1941 Kurusu Saburô.

3. Mandschurische Aufwallung in Japan

Der Mandschurische Konflikt war nicht etwa nur ein Krieg in Tôkyôs Hinterhof, sondern bildete die Ursache für tiefgreifende Veränderungen in Politik und

12 *Ashida Hitoshi nikki* („Das Tagebuch von Ashida Hitoshi“). Bd.1, Iwanami shoten 1986, S.75–80. Ashida war Wohlfahrtsminister im Kabinett Shidehara.

Gesellschaft Japans. „Manchukuo“ bildete das Experimentierfeld für Reforme mit einem manchmal etwas abenteuerlichen Lebenslauf, die weitgehend ohne Kontrolle aus Tôkyô vorgehen konnten und nur auf das Wohlwollen des Heeres, insbesondere der Kwantung-Armee, angewiesen waren. Dieses ebenso komplizierte wie faszinierende Kapitel bildet den Gegenstand der Monographie von Louise Young. Einzelne Mosaiksteine dieser Geschichte waren zwar immer schon bekannt, aber niemals hat jemand in einer westlichen Sprache alles zu einem Ganzen zusammengefügt. Zu Recht wurde die Arbeit schon bald nach Erscheinen mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

Die Autorin gab ihrer Untersuchung den Titel *Japan's Total Empire*. Sie verwendet diesen Begriff in Analogie zu totalem Krieg und versteht darunter einen Imperialismus, der die multidimensionale Mobilisierung der japanischen Gesellschaft zur Folge hatte, in kultureller, militärischer, politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Um internationale Vergleiche bemüht, bezeichnet die Autorin als „almost total empires“ das französische Algerien und Britisch-Indien, zu dem sie eine weitere Parallele dadurch herstellt, dass sie „Manchukuo“ in der japanischen Politik die Rolle als Juwel in der Krone des Kaiserreiches zuschreibt.

Young gliedert ihre Arbeit über Japans Aktionen und die herbeigeführten Veränderungen sowohl chronologisch als auch thematisch. Zunächst schildert sie den Weg zum „Mandschurischen Zwischenfall“ und den internationalen Kontext, um dann auf dieser Basis drei Komplexe abzuhandeln: Militärische Eroberung – einschließlich der inneren Transformation und der Eroberung der öffentlichen Meinung in Japan –, Wirtschaftsentwicklung und koloniale Besiedelung. Sie hat dazu eine bewundernswerte Fülle von Material in japanischer Sprache durchforstet und kommt zu dem Schluss, der Enthusiasmus, mit dem sich die Mehrheit der Japaner der „Entwicklung“ Manchukuos verschrieben habe, erkläre zu einem großen Teil, warum das dortige Vorgehen der Kwantung-Armee siegen und in den nächsten Jahren die japanische Politik dominieren konnte. Sie stellt dem eingangs vorgestellten traditionellen Imperialismus Japans „von oben“ die modernere Spielart gegenüber, die sich in „Manchukuo“ gezeigt habe und von einer breiten Massenbewegung und reformistisch gesonnenen Institutionen getragen worden sei. Die Mandschurei wurde zu Japans Lebenslinie (*seimeisen*) erklärt und oft in einem Atemzug mit der Inneren Mongolei (Man-Mô) genannt, womit gleich die nächste Stoßrichtung angekündigt wurde. Nicht nur Militärs, sondern auch Beamte, Intellektuelle und Unternehmer stürzten sich auf dieses Betätigungsfeld. Millionen von Kolonisten – ein Fünftel der japanischen Agrarbevölkerung – sollten das angeblich unterbevölkerte Land besiedeln und japanisieren. So lautete der ehrgeizige Plan des Kabinetts in Tôkyô von 1936, den Young als dritte Phase – nach Mandschurei-Krieg und Wirtschaftsboom – zur Schaffung des Marionettenstaates bezeichnet. Bis 1945 wurde nur ein Bruchteil des ehrgeizigen Planes verwirklicht, aber die Entsendung von Kolonisten wurde auch noch im letzten Kriegsjahr fortgesetzt und bis auf 300.000 Personen gesteigert. Die japanische Agrarmisere stimulierte

einen neuen Sozialimperialismus, der planmäßig von der Propaganda noch gefördert wurde. Young weist aber nach, dass man hierbei z. T. auf Jahrzehnte alte Ideen zurückgriff. Gleichzeitig konnte die Auswanderung als Blitzableiter dienen, um den sozial bedingten Agrarnationalismus (*nôhonshugi*) zu entschärfen, der sich gegen Großindustrie und Stadtkultur gerichtet hatte. Dass die Mandschurei häufig kein Paradies war, das die Siedler erwartete, sondern ernüchterndes Elend, steht auf einem anderen Blatt. Ein Zurück gab es nicht mehr, d. h. höchstens im Gefolge von Japans militärischer Niederlage 1945. Die Kolonisationspropaganda fand übrigens auch Eingang in eine japanisch-deutsche Filmkooperation, und zwar in Arnold Fancks „Die Tochter des Samurai“. ¹³ Die japanische Produktionsfirma hatte darauf bestanden, dass ein deutscher Regisseur das Projekt verwirkliche, offenbar weil man bei ihm als Angehörigem eines anderen „Volks ohne Raum“ das meiste Verständnis erwartete. Auch sonst versuchte Japan, in der an das Ausland gerichteten Propaganda seine Herrschaft über die Mandschurei zu rechtfertigen. ¹⁴

Nicht überzeugend aber ist die Ansicht Youngs, der Mandschurische Zwischenfall sei plötzlich und unerwartet ausgebrochen. Vielmehr hatte Japans Interesse an dem Raum seit dem Ende des 19. Jahrhundert logisch darauf hingeführt. Der erste Mukden-Zwischenfall, die Ermordung Chang Tso-lins 1928, war die Generalprobe dafür gewesen, war aber nicht zum Fanal geworden, sondern vielmehr gescheitert, ebenso wie andere eigenmächtige Handlungen von Heereskreisen oft mit einem kläglichen Misserfolg geendet hatten. Außerdem rückte Chang Tso-lins Sohn und Nachfolger in der Herrschaft über die Mandschurei weiter von Japan ab und an die nationale Einigungsbewegung der Kuomintang unter Chiang Kai-shek heran. Die Aktion von 1928 war also für Japans Interessen kontraproduktiv. Gescheitert aber war sie nicht nur deshalb, weil die politische und militärische Führung noch nicht dahinter standen, sondern auch, weil die Unterstützung der breiten Masse dafür fehlte. Die Ereignisse von 1931 aber waren aus japanischer Sicht ein Anschlag auf japanisches Eigentum, und daher erhob sich eine große Empörung.

Außerdem sah die politische Landschaft jetzt ganz anders aus als 1928: Weltwirtschaftskrise und Londoner Flottenabkommen hatten die anti-westliche Stimmung derart aufgeheizt, dass es nur noch eines Funkens bedurfte, um die nach Revanche am System von Versailles und Washington lüsternde Atmosphäre zur Explosion zu bringen. Die von Young als *appeasement* bezeichnete Politik des Seiyûkai-Kabinetts unter Inukai Tsuyoshi (S.125) nützte den Parteien gar nichts: Der Premier wurde im Mai 1932 ermordet, und damit war auch die Parteienherrschaft zu Ende, eindeutig als Folge des Mandschurei-Konfliktes.

13 Der japanische Titel des Films lautete „Atarashiki tsuchi“ („Die neue Erde“). Dazu Janine HANSEN: *Arnold Fancks Die Tochter des Samurai. Nationalsozialistische Propaganda und japanische Filmpolitik*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 1997.

14 Siehe dazu als neuere Untersuchung Jane ROBBINS: „Presenting Japan: the Role of Overseas Broadcasting by Japan During the Manchurian Incident, 1931–7“, in: *Japan Forum*, 13, 1, 2001, S.41–54.

Erst jetzt wurde der „Staat Manchukuo“ von Tôkyô offiziell anerkannt. Japanische Beamte besetzten die Spitzenpositionen in Regierung wie Verwaltung und schufen einen aufgeblähten Staatsapparat.

Es war geradezu symbolisch, dass der ehemalige Vizepräsident – und spätere Präsident – der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft, Matsuoka Yôsuke, als japanischer Sonderdelegierter nach Genf gesandt wurde, dort in einer Aufsehen erregenden Rede Japans Handlungsweise rechtfertigte und sein Land aus dem Völkerbund führte. Währenddessen machte Außenminister Uchida Yasuya durch die Verkündigung einer „Außenpolitik der verbrannten Erde“ von sich reden, einer Diplomatie, die seinen Worten zufolge einem Nachgeben bei der Frage nach Japans Lebensinteressen in der Mandschurei und der Inneren Mongolei vorzuziehen sei. Uchida hatte vor der Übernahme des Außenministeriums als Präsident der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft gewirkt und eng mit der Kwantung-Armee zusammengearbeitet. Jetzt nutzte er seine in der Mandschurei erworbene „Kompetenz“ für eine populistische Politik und heizte die Stimmung in Japan noch entsprechend an. Es war aber noch, wenn auch in Grenzen, möglich, daran öffentlich Kritik zu üben.¹⁵ Matsuoka, sein Vertreter in Genf und ähnlich eng mit der Südmandschurischen Eisenbahn wie der Kwantung-Armee verbunden, sollte übrigens später noch öfter im Rampenlicht stehen, vor allem als Außenminister durch die Aushandlung des Dreimächtepaktes mit Deutschland und Italien 1940 sowie des Neutralitätsvertrages mit der Sowjetunion im darauf folgenden Jahre.

Nach der völligen Eroberung der Mandschurei 1931–33 besaß der japanische Machtbereich plötzlich eine Tausende von Kilometern lange Grenze zur UdSSR. Der Wert des Gebietes als kräfteschonende Pufferzone war geschwunden. Die Entsendung immer neuer Truppen und eine industrielle Aufrüstung waren nicht nur erforderlich, sondern wurden auch gern von der Armee als Notwendigkeit für ihre ehrgeizigen Programme als Argument ins Feld geführt. Young weist glaubhaft nach, dass die Mandschurei ja gerade die wirtschaftliche und technische Basis für künftige Kriege bilden sollte. Dazu wurden sehr bald Veränderungen eingeleitet, die zu Planwirtschaft und Staatskapitalismus unter der Aufsicht der „mandschurischen“ Regierung führten. Die Rohstoffe des eroberten Gebietes sollten Japan die ersehnte, wenn auch nicht völlige, Autarkie verschaffen. Die Produktion wurde dazu ganz auf dessen Bedürfnisse ausgerichtet, und die Wirtschaft wurde mit der des Mutterlandes verzahnt. In den folgenden Jahren siedelten mehr als eine Million Japaner in die Mandschurei über, sei es als Soldaten, Unternehmer, Bauern oder Beamte. Young behandelt auch Japans Anstrengungen, in der Mandschurei einen modernen Städtebau durchzuführen und das Verkehrswesen zu verbessern. Beides errang auch die Bewunderung von Ausländern, die besonders die Hotels von Mantetsu und den Express-

15 Siehe z. B. den „offenen Brief“ des liberalen Journalisten Kiyosawa Kiyoshi in der Monatszeitschrift *Chûô kôron*, März 1933, S. 187–96. Englische Übersetzung: „An Open Letter to the Foreign Minister“, in: *Japan Echo*, Vol. 22, Special Issue, 1995, S. 15–20. Die von dem Zensor 1933 nicht freigegebenen Stellen sind darin markiert.

zug „Asia“ zu schätzen wussten. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Komfort und Sicherheit hatten ein nie gekanntes Niveau erreicht.

Wie für andere Historiker auch, war es für Young ausgesprochen schwierig, die Akteure hinter dem Mandschurei-Konflikt und der anschließenden Umgestaltung des Landes auszumachen. Waren es die Regierung und die militärische Führung in Tôkyô oder aber eigenmächtig handelnde Verschwörer vor Ort? Wahrscheinlich arbeiteten beide Hand in Hand. Nachweisbar ist dies zumindest für den Mukden-Zwischenfall von 1931, als Offiziere der mittleren Ranggruppe den Anschlag durchführten, aber mit Rückendeckung aus einflussreichen Heereskreisen in Tôkyô handelten. Hinzu kamen ein öffentlicher Druck und eine Aufbruchstimmung, die auch „progressive“ Historiker Japans in letzter Zeit nicht mehr leugnen, sondern von der „Kriegsverantwortung des Volkes“ und „Faschismus an den Graswurzeln“ sprechen. Der Abbau demokratischer Freiheiten im Gefolge des Mandschurischen Konfliktes ist damit von den Hauptbetroffenen zu einem guten Teil selbst verschuldet worden. Vielen Unterprivilegierten erschien die Mandschurei als das gelobte Land, das Japans Probleme – und auch die miserable Lage von Industrie- und Agrarproletariat – lösen würde. Die Abgrenzung von Regierung, militärischem Oberkommando, selbständig handelnden unautorisierten Kräften und der Öffentlichkeit ist schwierig, da ein kaum zu entwirrender Mix von gesteuerter Handlung und getriebener Entwicklung entstand.

Wie das Interesse an Kolonien auch bei Personen verwurzelt war, die von Young eher dem liberalen Lager zugerechnet werden, zeigte sich am Beispiel des einige Male von ihr erwähnten Yanaihara Tadao (1893–1961), der als prominenter Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Tôkyô lehrte. Ihm hat Susan C. Townsend eine eigene, faszinierende Monographie gewidmet, ohne ihn eindeutig und durchgehend dem liberalen Lager zuzuordnen. Das 6. Kapitel ist ganz dem Mandschurei-Konflikt gewidmet und legt die Auswirkungen dar, welche die Restriktionen der Redefreiheit für Yanaiharas Reaktionen auf die Krise hatten. Seine Haltung bezüglich der Zukunft der Mandschurei blieb unklar, und auch Townsend scheint verwirrt bei der Untersuchung ihrer Quellen: Befürwortete er nun eine Rückgabe des Gebietes oder nicht? Zweifellos sah er eine Stabilisierung der Region als Folge der japanischen Herrschaft, die auch zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen würde. Auf jeden Fall äußerten sich andere Intellektuelle, vor allem Ishibashi Tanzan und Kiyosawa Kiyoshi, eindeutig in ihrer Kritik an den japanischen Aktionen in der Mandschurei. Yanaihara stellte im Gegensatz zu diesen nie Japans Rechte und Interessen in der Mandschurei grundsätzlich in Frage. Dadurch könnte man seine Haltung gegenüber dem „Mandschurischen Zwischenfall“ und der Gründung „Manchukuos“ durchaus als apologetisch bewerten, auch wenn die Autorin diese Bezeichnung ebenso ablehnt wie eine angebliche Kompromissbereitschaft. Vielmehr sei Yanaihara immer nur seinen Idealen gefolgt. Obwohl er unter dem Einfluss marxistischer Ideen eigentlich Imperialismus als repressive Herrschaftsform ansah, betrachtete er den japanischen Kolonialismus, eben auch in

der Mandschurei, durch die rosarote Brille und wurde einer von dessen profiliertesten Theoretikern und Rechtfertigern. Er vertrat die Auffassung – und hier stand er unter der Wirkung seines christlich-protestantischen Glaubens –, Kolonialismus sei positiv zu bewerten, wenn er die selbst gesteckten humanitären Ziele erreichen könne und die beherrschten Gebiete wirtschaftlich entwickle, in einer Art Partnerschaft mit einer paternalistischen Rolle für Japan. Kolonialismus war für ihn auch nicht *eo ipso* verwerflich, wenn er der Lösung wirtschaftlicher Probleme im Mutterland dienen sollte. Echtes Verständnis für die kolonisierten Völker und ihr Streben nach Unabhängigkeit findet man bei ihm nicht. Er sprach sich aber dagegen aus, zum Erwerb und zur Beherrschung von Kolonialgebieten militärische Mittel einzusetzen. Auch bezeichnete er die japanische Agrarremigration in die unterentwickelte Mandschurei als unnatürlich und widersinnig. Er sah sich als „Kolonialreformer“, erfüllt von missionarischem Geist. Humanitäre und liberale Ideale von der „guten Regierung“ paarten sich mit christlichen Konzepten von sozialer und internationaler Gerechtigkeit. Japan hatte die Form seines Empires noch nicht gefunden, und Yanaihara fühlte sich berufen, den richtigen Weg dorthin mitzugestalten. Das System der britischen Dominien übte auf ihn eine gewisse Faszination aus, ebenso die anglo-amerikanische Idee kolonialer Treuhandschaft oder Englands *home rule* in Irland. In der Rechtfertigung der Kolonialpolitik ähnelte er seinem Vorbild Nitobe Inazô, dem er 1923 auf dem Lehrstuhl für Kolonialpolitik an der Kaiserlichen Universität Tôkyô gefolgt war und der ebenfalls unter dem Eindruck des Mandschurei-Konfliktes einen Schwenk in die nationalistische Richtung vollzog. Auch von dem christlichen Aktivist Uchimura Kanzô war er beeinflusst. Es ist daher kein Wunder, dass Townsend eine Fülle von Widersprüchen in Yanaiharas Argumentation entdeckt.

Die Autorin bezeichnet es als Tragödie, dass aufklärerische Intellektuelle wie Yanaihara völlig abgeschnitten waren von der praktischen Kolonialpolitik. Dadurch konnte ein Mann wie er keine aktive Rolle spielen, im Gegensatz etwa zu der Effektivität eines Gotô Shinpei auf Taiwan und in der Mandschurei in früheren Jahren. In diesem Zusammenhang verdient Beachtung, dass Yanaihara 1932 eine Anfrage der Kwantung-Armee ablehnte, als Berater bei der Etablierung des Marionettenstaates Manchukuo zu fungieren. Er unternahm wenig später eine Inspektionsreise durch die Mandschurei, aber nicht im Auftrag von Regierung oder Militär, sondern von seiner Universität entsandt. Bereits zuvor hatte er begonnen, publizistisch Japans Aktionen in dem umstrittenen Gebiet zu kritisieren und Politiker zu drängen, ihre China-Politik neu zu überdenken. Yanaihara verglich die Versuche der chinesischen Kuomintang, einen modernen Nationalstaat aufzubauen, mit der Meiji-Restauration in Japan und kritisierte den Imperialismus seines eigenen Landes, der die Chinesen dabei behindere. Er forderte statt dessen, das Nachbarland bei seinen Einigungs- und Modernisierungsanstrengungen zu unterstützen.

Der Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges im Juli 1937 machte Yanaiharas Hoffnungen zunichte und empörte ihn. Er kritisierte in der September-

nummer der Zeitschrift *Chûô kôron* und in öffentlichen Reden das Verhalten seines eigenen Landes als beschämend. Der als „Yanaihara-Zwischenfall“ bekannt gewordene Skandal war da und bot seinen Rivalen Munition. Im März 1938 wurde er vor Gericht angeklagt, aber nicht für seine Kritik an Japans Kolonialpolitik an sich, sondern für seine Erklärung, dass japanische Christen letztlich gegenüber Gott und nicht dem Kaiser loyal sein müssten. Yanaihara wurde zwar nicht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, verlor aber seinen Lehrstuhl, und viele seiner Werke wurden verboten. Kritik wurde in Japan immer mehr unterdrückt, je länger der bewaffnete Konflikt auf dem Kontinent andauerte. Auch in der Armee war es karriereschädigend, gegen den China-Krieg zu opponieren, wie das noch unten anzuführende Beispiel von Ishiwara Kanji zeigte.

Nach dem Kriege konnte Yanaihara sein Schicksal und die dadurch gewonnene Reputation als Kämpfer gegen den Militarismus nur nützen, und er selbst sah sich durch Japans Niederlage als Prophet bestätigt. Er nahm wieder einen Lehrstuhl an der Universität Tôkyô ein, wirkte 1946 entscheidend an der Gründung des bald so geachteten „Forschungsinstituts für Sozialwissenschaft“ (Shakai kagaku kenkyûjo) mit und wurde 1951 Präsident der Universität Tôkyô, bis er 1957 aus dem Dienst ausschied. Er wirkte aktiv an der Friedensbewegung und an den Protesten gegen das Militärbündnis mit den USA mit. Seine Werke erschienen in einer umfangreichen Gesamtausgabe, aber da er kaum etwas in Übersetzung veröffentlicht hatte, blieb er im Ausland weitgehend unbekannt. Sein Name und seine Werke waren daher nur wenigen Spezialisten im englischsprachigen Raum bekannt.¹⁶

4. Mandchurei und militärisch-logistische Planung

Der Leser hätte sich gewünscht, dass Louise Young die Hauptakteure des Anschlags von Mukden herausarbeitet sowie deren weiteren Zielen und Aktionen folgt. Dazu kann jedoch das Werk von Kurono Taeru herangezogen werden, in dem die Verteidigungsplanung seit der Meiji-Zeit behandelt wird und die 1930er Jahre einen wichtigen Abschnitt bilden. Der wohl einflußreichste unter den Verschwörern von Mukden, Ishiwara Kanji, wurde 1935 als Oberst zum Chef der Strategieabteilung im Generalstab ernannt und arbeitete sein Konzept für Japans militärische und politische Vorgehensweise heraus. Er versuchte dabei, seine Präferenzen durchzusetzen, zuerst die Sowjetunion niederzuwerfen, bevor man sich mit seiner Expansion den „weißen“ Kolonialgebieten in Südostasien zuwende und schließlich den „Welt-Endkrieg“ gegen die USA führe. Die Marine aber verfolgte genau die entgegengesetzte Strategie: Defensiv gegen die Sowjetunion und offensiv gegen die „Südgebiete“. Trotzdem führte Ishiwara seine umfangreichen Planungen unbeirrt fort, die nicht nur Kriegführung und Rüstung

16 Siehe aber die Widmung in dem Sammelwerk Ramon H. MYERS/Mark R. PEATTIE (Hrsg.): *The Japanese Colonial Empire, 1895–1945*. Princeton University Press 1984: „This book is dedicated to the memory of Yanaihara Tadao (1893–1961). Scholar, teacher, Christian, and pioneer in Japanese colonial studies.“

umfassten, sondern auch industrielle Fünfjahrespläne. Dafür hätte er die Zustimmung der Marine und der Regierung erhalten müssen, da weite Gebiete der nationalen Politik, der Wirtschaft und der Sicherheit davon betroffen waren. In Ishiwaras rücksichtslosem Drang sieht Kurono deshalb die gleiche Haltung wie seinerzeit bei der Auslösung des Mandschurischen Zwischenfalls. Könnte es nicht vielleicht wieder die Möglichkeit geben, dass die Armee die gesamte Nation mitrisse? Die Führung der beiden Teilstreitkräfte einigte sich aber schließlich 1936 auf einen Kompromiss: Die Armee solle sich auf Auseinandersetzungen im „Norden“ vorbereiten, die Marine aber auf ebensolche im „Süden“. Damit waren aber weitere strategische Absprachen noch gar nicht getroffen, ebenso wenig über eine etwaige wirtschaftliche Umgestaltung, um Japan einseitig auf die Erfordernisse militärischer Rüstung einzuschwören.

Kurono legt dann dar, dass Ishiwaras nun versuchte, das Heer allein für ein abgewandeltes Konzept zu gewinnen: In dem von der Armee kontrollierten Manchukuo die benötigte militärisch-industrielle Basis für seine Ziele zu schaffen, ohne dass andere Machtgruppen Einwirkungsmöglichkeiten hätten. Er und seine Anhänger wurden aber von der Heeresführung zunehmend als störend empfunden, besonders als nach dem Ausbruch des Krieges mit China im Juli 1937 Ishiwaras – inzwischen Generalmajor – gegen diesen Feldzug opponierte, da er Japans Kräfte verzettelte und daher die Nation für die wichtigeren Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion schwäche. Er entwickelte daher gemeinsam mit anderen Generalstäblern die bereits erwähnten Aktivitäten, die zu deutschen Vermittlungsversuchen führten (Trautmann-Vermittlung).¹⁷ Da aber der größte Teil der Armee schrittweise von dem Konzept einer Verhandlungslösung abrückte und auch die führenden zivilen Politiker China „eine Lektion zu erteilen“ gedachten, brachte sich Ishiwaras durch das kompromisslose Festhalten an seinem Friedenskonzept selbst um seinen Einfluss. Er wurde zum stellvertretenden Stabschef der Kwantung-Armee ernannt und damit um die Möglichkeit gebracht, die strategische Planung und Politik Tôkyôs entscheidend mitzugestalten.¹⁸ Im März 1941 wurde er, inzwischen mit dem Dienstgrad Generalleutnant, in den Ruhestand versetzt und nahm nicht am Pazifischen Krieg teil, als Japan eigentlich jeden Offizier brauchte. So trennten sich die Wege der einstigen Verschwörer von Mukden und ihrer Entourage seit Mitte der 1930er Jahre: Die einen wurden zwangspensioniert, die anderen agierten auf den Schlachtfeldern Chinas, wieder andere nahmen bedeutende Positionen in der militärisch-industriellen Wirtschaftsplanung ein, während einige sogar in hohe und höchste Regierungsämter gelangten.

17 TOBE Ryôichi: *Pisu firâ. Shina jihen waheikôsaku no gunzô* („Friedensfühler. Das Bild der Friedensstrategie im China-Zwischenfall“). Tôkyô: Ronsôsha 1991, S. 71.

18 Siehe dazu auch kürzer KURONO Taeru: „Shôwa jû-nendai hajime ni okeru kokubô kokusaku no sakutei. Ishiwaras Kanji no kokubô kôso wo chûshin ni“ („Die Entscheidung für die Planung der nationalen Verteidigung und Strategie Mitte der 1930er Jahre unter besonderer Berücksichtigung von Ishiwaras Kanjis Ideen“), in: *Kokusai seiji*, Nr. 120, 1999, S. 195–209.

Im Laufe dieser Jahre gewann die Armee immer mehr an Einfluss, aber nicht nur, weil sie die anderen Machtgruppen erpresste, sondern auch, weil sie von vielen Kreisen als Speerspitze zur Durchsetzung nationaler Interessen angesehen wurde, besonders gegen China, und viele Politiker der Ansicht waren, durch eine Allianz mit dem Heer selbst an Einfluss gewinnen zu können. Geschickt förderte die Armee in den Jahren nach dem Mandschurischen Konflikt die Kriegsbereitschaft der japanischen Bevölkerung – der „nationale Notstand“ (*hijôji*) wurde ausgerufen – und konnte sich dabei auf eine Fülle von „Hilfstruppen“ verlassen, darunter den in allen Landesteilen präsenten Reservistenverband, Massenmedien und sogar Frauenorganisationen. Eine Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens, der jungen Bürokratie und der Wirtschaft war die Folge, so dass schließlich Japans ganze politische Struktur beeinflusst wurde.

Young weist auch den Wandel in den Massenmedien nach, welche die Politik gegenüber der Mandschurei und die Kolonisation bald vorbehaltlos unterstützten. Der Armee gelang es schnell, Journalisten, die früher dem Militär eher skeptisch gegenüber gestanden hatten, für sich zu gewinnen. Die Autorin spricht geradezu von einem „Nachrichtenkrieg“, mit dem ein ganzes Heer von Sonderkorrespondenten mit logistischer Unterstützung der Armee von der Mandschurei aus die Kriegsstimmung in Japan schürte. Am einflussreichsten waren zunächst die Tageszeitungen, aber gerade in den Jahren nach 1931 stieg auch die Zahl der Rundfunkteilnehmer erheblich an. Fotoausstellungen zogen große Besuchermassen an, und in öffentlichen Parks wurden Dokumentarfilme von der Front vorgeführt. Buchverlage nutzten das „mandschurische Fieber“, um einen Bestseller nach dem anderen zu platzieren. Die Ansicht fand weite Verbreitung, Japan erhalte jetzt, worum es bei der Friedensregelung mit Russland 1905 geprellt worden sei. Noch aber gab es auch Periodika, welche die Regierungspolitik kritisierten und der Kriegshysterie entgegenzusteuern suchten, vor allem die Monatszeitschriften *Chûô kôron* und *Kaizô*.

Schließlich führte die Mandschurei auch eine Allianz zwischen den Großkonzernen, den Zaibatsu, und dem Militär herbei, die sich bis dahin eher feindselig gegenübergestanden hatten. Jetzt aber war die Armee auf das Finanzkapital und auf technisches *know how* angewiesen. Die Zaibatsu wiederum erhielten dadurch die Chance, ihr schlechtes Image aufzubessern, das sie nicht nur in Heereskreisen besaßen, sondern auch in der Öffentlichkeit. Bisher waren sie als Verbündete der angelsächsischen Mächte und der Parteien betrachtet worden und waren zudem von Skandalen erschüttert. Ungewöhnlich in der Geschichte des Kolonialismus war die planmäßig vorangetriebene Industrialisierung der eroberten Gebiete, wobei Mantetsu sein Streckennetz bis 1945 um über 5000 km erweiterte. Große Mühe verwendet Young darauf, die große und komplexe Koalition deutlich werden zu lassen, die sich dabei engagierte. Unzufriedenheit aber gab es offenbar schon bald bei der Frage, wer die Früchte der Investitionen ernten sollte.

Firmen wie Nissan und Idemitsu, die in ihrer Frühzeit nicht immer über den besten Leumund verfügten, konnten mit relativ geringem Einsatz reüssieren und mit der Zeit in das wirtschaftliche Establishment Japans aufsteigen. Die sogenannten „neuen Zaibatsu“ entstanden, von den alten mit Misstrauen beobachtet, galten sie doch als nicht ganz seriös und als Parteigänger von Abenteurern. Young beschreibt eingehend das Funktionieren der Allianz zur Entwicklung des Landes: Für die neuen Zaibatsu fällt die mandschurische Regierung die wesentlichen Entscheidungen, orientiert am Fünfjahresplan der Armee, und wurde Teilhaberin, trug aber auch das Hauptrisiko und übernahm Garantien. Der Marionettenstaat wurde zum Experimentierfeld für neue Industrien, so dass in der Ideologie Agrarromantik eine Liaison mit *high tech* einging, ähnlich wie im nationalsozialistischen Deutschland. Schon Mitte der dreißiger Jahre jedoch war die mandschurische Industrie so knapp an Kapital, dass sie auf eine schwere Krise hinsteuerte und das japanische Mutterland mit in den Sog zu ziehen drohte. Erwies sich „Manchukuo“ schnell als Fass ohne Boden, sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht, so verschlimmerte der Ausbruch des Krieges mit China im Juli 1937 Japans wirtschaftliche Lage noch erheblich. Der daher – insbesondere von der Kwantung-Armee – angekurbelte Opiumhandel führte zwar zu erheblichen Einnahmen, löste aber die finanziellen Probleme nicht einmal annähernd.¹⁹ Gleichzeitig aber erlebten Opferbereitschaft und Aufbruchstimmung in der japanischen Bevölkerung einen neuen Höhepunkt. Dadurch wurden wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen möglich, konnte man doch dafür langfristige Gewinne nach dem Ende des Krieges zusichern, wenn das neu entstandene Riesenreich auf dem Kontinent in eine Art Super-Manchukuo verwandelt würde. Young spricht daher von der „mandschurischen Blaupause für Ostasien“.

Zu dieser Zeit war der Versuch bereits gescheitert, ausländisches Kapital, besonders aus den USA, in großem Umfang für Investitionen in die Mandschurei zu locken. Erwiesen ist aber, dass die Westmächte keineswegs das wirtschaftliche Engagement in Japans Marionettenstaat scheuten. Wie kürzlich veröffentlichte japanische Quellen belegen, zeigte z.B. die britische Industrie großes Interesse an einer Steigerung des Warenaustausches und sogar an Investitionen. Die „Federation of British Industry“ sandte dazu sogar 1934 eine Untersuchungskommission nicht nur nach Japan, sondern auch nach „Manchoukuo“, die keinerlei Berührungängste gegenüber offiziellen Stellen zeigte und auf die Verwirklichung großer Zukunftspläne hoffte.²⁰ Dass es dazu nicht kam, lag

19 Siehe dazu als neuere Untersuchung: Timothy BROOK/Bob Tadashi WAKABAYASHI (eds.): *Opium Regimes. China, Britain, and Japan, 1939–1952*. Berkeley: University of California Press 2000.

20 GAIKŌ SHIRYŌKANHEN („Diplomatisches Archiv“) (Hrsg.): *Nihon gaikō bunsho. Shōwaki dai-ni-bu, dai-san-kan. Shōwa kyūnen tai-Ō-Bei kokusaikankei* („Diplomatische Akten Japans. Shōwa-Ära, Abt. 2, Bd. 3. Die internationalen Beziehungen mit Europa und Amerika 1934“). Tōkyō: Gaimushō 1999. Dazu auch die Podiumsdiskussion von HOSOYA Chihiro/USUI Katsumi: „Nihon gaikō bunsho“. *Shōwaki dai-ni-bu, dai-san-kan shoshū* ‚Eikoku

mehr an der weltpolitischen Entwicklung als an einer westlichen Abneigung, den Paria-Staat zum Partner zu machen. Ähnlich erging es dem wirtschaftlichen Engagement der USA. Der Handel mit allen Ländern lief reibungslos, soweit er japanischen Interessen entsprach.

Der wirtschaftliche Aufbau der Mandschurei sollte, wie von Young dargestellt, durch Maßnahmen zur inneren Stärkung und Einigung ergänzt werden: Zum Eckstein des Marionettenstaates sollte eine Massenorganisation mit Namen „Kyôwakai“ („Eintrachtsgesellschaft“) werden. Dahin stand die Fiktion Pate, die Harmonie der auf dem Territorium lebenden fünf Rassen zu fördern, also unter Japanern, Chinesen, Mandschuren, Mongolen und Koreanern. Zunächst zu Propagandazwecken eingesetzt, diente die Vereinigung schon bald dem Zweck, den Widerstand gegen die Kwantung-Armee und die japanische Herrschaft zu unterdrücken und die politische Kontrolle über die chinesische Gesellschaft auszuweiten. Dazu wurden lokale Vertreter von oben eingesetzt.

Eine Fülle von Forschungsgesellschaften zur Planung des künftigen, unter japanischer Führung stehenden Großostasiens schoss aus dem Boden, um den wirtschaftlichen Aufbau wissenschaftlich zu untermauern. Man versprach daher nicht nur Bauern Land zuzuteilen, sondern auch Jobs für Intellektuelle zu bieten. Der aufgebaute Untersuchungsapparat von Mantetsu ist dafür das wohl deutlichste Beispiel. Die wichtigste Forschungsgesellschaft in Japan war die Shôwa Kenkyûkai, der *brain trust* von Fürst Konoë Fumimaro, dem späteren langjährigen Premierminister. Auffallend ist, dass viele der Mitglieder früher dem linken politischen Lager angehört hatten und nun offensichtlich die Chance sahen, eine Art Staatskapitalismus zu verwirklichen. Unter ihnen befanden sich zweifellos auch eine Anzahl von Idealisten, die panasiatischen Gedanken anhängen oder eine soziale Besserstellung breiter Bevölkerungsschichten anstrebten. Dazu gehörte auch Ozaki Hotsumi, der später als Mitglied des Sorge-Spionageringes entlarvt werden sollte. Die antikapitalistische Rhetorik der Kwantung-Offiziere und das von Regierungsseite verkündete Streben nach rassischer Harmonie dämpfte offenbar die Gewissensbisse ehemaliger Linker, die ins nationalistische Lager einschwenkten. Andere wiederum engagierten sich aus reinem Idealismus in der Mandschurei, hofften sie doch, dort ihr „Utopia“ aufbauen zu können, das in Japan selbst nicht zu verwirklichen war.²¹

Schließlich befasst sich Young mit den Opfern von Japans Mandschurei-Abenteuer. Dazu zählt sie nicht nur die dort ansässigen Chinesen – da Young keinerlei chinesische Quellen benutzte, bleibt dieser Aspekt leider unzureichend behandelt –, sondern auch die japanischen Siedler, die letztendlich von der aus-

sangyôrenmei shisetsudan rainichi kankei‘ bunsho ni tsuite“ („Die Dokumente zum ‚Besuch des Verbandes der britischen Industrie in Japan‘“), in: *Gaikô shiryô kanpô*, Bd. 14, 2000, S. 14–30.

21 Über die Japaner in der Mandschurei, Intellektuelle wie Siedler, siehe als neuere Untersuchung: Mariko ASANO TAMANOI: „Knowledge, Power, and Racial Classifications: the ‚Japanese‘ in ‚Manchuria‘“, in: *The Journal of Asian Studies*, 59, 2, 2000, S. 248–276.

gedünnten Kwantung-Armee 1945 im Stich gelassen wurden und zu einem großen Teil unter sowjetischer Herrschaft umkamen.

Dass es im 20. Jahrhundert nicht nur japanische, sondern auch starke chinesische Einwanderungswellen in die Mandschurei gab, wird in dem Werk von Gottschang und Lary ausführlich behandelt. Die Autoren verfolgen dabei einerseits exemplarisch das Schicksal einiger individueller Immigranten und liefern andererseits eine überblicksartige Geschichte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Etwa 25 Millionen Chinesen aus den überbevölkerten und immer wieder von Naturkatastrophen heimgesuchten nördlichen Provinzen Shandong und Hebei sollen dabei bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in die vergleichsweise unterbevölkerte Mandschurei geströmt sein. Sie konnten mit ihrem Verdienst auch die zurückgebliebene Verwandtschaft unterstützen. Die große Steigerung der Auswanderung in den 1920er Jahren war auch durch den Zusammenbruch der inneren Ordnung in Nordchina bedingt, als die Armeen diverser Warlords immer wieder das Land verwüsteten und sich Räuberbanden das Chaos für ihre eigenen Zwecke nutzbar machten. Da etwa zwei Drittel der Auswanderer nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in ihre Heimat zurückkehrten, verblieben also ca. 8 Millionen in der Mandschurei. Sie suchten Arbeit, die sich durch die wirtschaftlichen Aktivitäten zunächst Russlands und später Japans bot, zunächst beim Eisenbahnbau, dann in Bergwerken und der neu aufgebauten Industrie. Auch war es ihnen möglich, sich durch Rodung eine landwirtschaftliche Existenz zu schaffen, vor allem für den Anbau von Sojabohnen, einem Exportschlager der Mandschurei. Dadurch stieg der chinesische Bevölkerungsanteil ständig an, und erstaunlicherweise hielt der Zuzug auch während der japanischen Zeit an, also ab 1931. Ohne diese Arbeiter hätte die mandchurische Industrie kaum am Laufen gehalten werden können. Für China bot diese Entwicklung den Vorteil, dass die umstrittene Region immer stärker sinisiert wurde und damit die eigenen Ansprüche unterstrichen werden konnten. Paradoxerweise förderten Japans Eisenbahnen und Industriebetriebe diese Entwicklung geradezu. Je mehr die Mandschurei politisch und militärisch japanisiert wurde, desto chinesischer wurde sie ethnisch. Vielleicht sollte die von Tôkyô forcierte eigene Auswanderung ja gerade dieser „Überfremdung“ entgegenwirken.

5. Die Mandchurisierung Japans und ihre Grenzen

Zur Zeit des Mandschurei-Zwischenfalls herrschte in konservativen Kreisen Japans die Furcht, dass es sich dabei um den Auftakt – bzw. um die Generalprobe – für einen Staatsstreich im Mutterland selbst handele. Diese Angst herrschte vor allem in Hofkreisen,²² und die vielen Putschversuche der nächsten Jahre lassen diese Sorge berechtigt erscheinen. Es gibt sogar Wissenschaftler, die Ishiwara Kanjis Strategie auf die Russische Revolution als Modell zurückfüh-

22 HATANO Sumio: „Manshû jihen to ‚kyûchû‘ seiryoku“ („Der Mandchurische Zwischenfall und die Kräfte ‚am Kaiserhof‘“), in: *Tochigishigaku*, Nr. 5, 1991, S. 107–140, bes. S. 126f.

ren, das den Boden für den ultimativen Krieg gegen die USA vorbereiten sollte.²³

Die Putschversuche führten nicht zum Erfolg, sondern die „Mandschurisierung“ Japans erfolgte vielmehr schleichend. Sie ist daher eine Seite der Geschichte vom „total empire“, denn für gewisse radikale Kreise war der Marionettenstaat ein willkommener Testplatz für Reformen und revolutionsähnliche Veränderungen. Parallel zu den planwirtschaftlichen Modellen und dem Mechanismus sozialer Kontrollen in der Mandschurei wurden im Mutterland politische und gesellschaftliche Strukturen zur Mobilisierung von Rohstoffen und Produktion geschaffen, die für den Erfolg des ehrgeizigen Projektes erforderlich waren. Young betont sehr wohl die Tatsache, dass Japan sich durch das Engagement in der Mandschurei immer mehr auf einen totalen Krieg hinbewegte und die ständig anwachsende Aufrüstung und Reorganisation der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen damit rechtfertigte. Auch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Verschärfung der Zensur und Anwachsen der Propaganda in den Massenmedien, die Ausdehnung des Staatsapparates inklusive der Schaffung neuer Ministerien und Kabinettsagenturen werden zwar mitunter erwähnt, aber leider nicht konsequent untersucht. So bleibt eine Lücke, nämlich bezüglich der institutionellen und strukturellen Veränderungen in Japan im Gefolge der Mandschurei-Politik – und zum Teil auch die Gegenbewegungen dazu. Einen konservativen und resistenten Block gegen die innere Umverteilung der Macht bildete der größte Teil der Bürokratie, die von jeher die Kontinuität verkörperte, auch wenn einige Ministerien in Abweichung davon in der Tagespolitik zur Kooperation mit reformfreudigen Parteien, Gewerkschaften und Agrargenossenschaften, insbesondere die jüngeren Beamten im Innen- und im Agrarministerium. Es fanden sich schließlich sogar unter dem Eindruck der Krisen seit dem Mandschurei-Konflikt Gruppen von jungen Angehörigen verschiedener Ressorts – auch hier war wieder das Innenministerium führend, doch griff diese Erscheinung auch auf das Außenministerium über – in einer Sammelbewegung zusammen, suchten Anschluß an die Politik der Armee und unterstützten deren Expansionspolitik sowie Versuche zur wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umstrukturierung der Nation. Viele dieser Bürokraten wurden daher bald von den auf Druck des Heeres geschaffenen Kabinettsagenturen und neuen Ministerien eingestellt. Sie fanden außerdem Verbündete in radikalen Parteien oder Parteiflügeln, und zwar eher in den ehemals linksorientierten Gruppen, die sich allmählich zur Avantgarde einer „national-sozialistischen“ Ideologie im wahrsten Sinne des Wortes entwickelten. Atypisch waren sie auch in ihrer Unterstützung für die Einrichtung der Kabinettsagenturen, die den Zuständigkeitsbereich ihrer eigenen Ministerien zugunsten der Armee einschränkten und schließlich zu ihrer

23 NOMURA Otojirô: „Ishiwara Kanji no Manshû jihen – Manshû jihen no moderu wa mushiro Roshia-kakumei de atta“ („Ishiwara Kanjis Mandschurischer Zwischenfall – das Modell war vielmehr die Russische Revolution“), in: GUNJISHI GAKKAI HEN („Studiengesellschaft für Militärgeschichte“): *Saikô. Manshû jihen* („Neubetrachtung. Der Mandschurische Zwischenfall“). Tôkyô: Kinseisha 2001, S. 58–70.

Hauptbasis wurden.²⁴ Von vielen der konservativen Bürokraten wurden sie daher als Verräter angesehen.

Die unabhängigen Kabinettsagenturen unterstanden offiziell dem Premier, wurden aber tatsächlich stark von der Armee beeinflusst. Dazu gehörten das Mandschurische Büro (*tai-Man jimukyoku*, 1934) und das Untersuchungsamt des Kabinetts (*naikaku chōsakyoku*, 1935), das später zum Planungsbüro (*kikakuchō*, Mai 1937) aufgewertet und bald durch Fusion mit dem Rohstoffamt (*shigenkyoku*) unter dem neuen Namen „Planungsamt“ einem Ministerium gleichgestellt wurde (*kikakuin*, Oktober 1937; 1943 zum Rüstungsministerium, *gunjushō*, umgewandelt). Es wurde mit derart vielen Vollmachten ausgestattet, dass es bald als eine Art Nebenregierung fungierte. Das 1938 geschaffene Asien-Entwicklungsamt (*kōain*) dominierte die gesamte China-Politik. Zur Absicherung dieser Maßnahmen wurden 1938 eine Fülle neuer Gesetze erlassen, die den Übergang zur totalen Kriegsplanwirtschaft erleichtern sollten, darunter besonders zu erwähnen das Mobilisierungsgesetz (*kokka sōdōinhō*), mit dessen Hilfe Eingriffe in die Industrie und Einschränkungen politischer Rechte möglich wurden, und das Gesetz zur Kontrolle der Elektrizitätsversorgung (*denryoku kokka-kanrihō*). Danach konnte die Regierung u. a. über Firmenprofite verfügen, und im folgenden Jahr führte die Regierung Kontrollen über Preise und Löhne ein. Außerdem bedurften Importe, Exporte, der Einsatz von Arbeitskräften, Produktionspläne, Firmengründungen und Kapitalerhöhungen einer Genehmigung. Im Jahre 1942 wurde gegen den Widerstand der Beamten im Außenministerium ihrem Ressort durch die Schaffung eines Großostasienministeriums (*dai-tō-ashō*) die Zuständigkeit für den asiatischen Raum entzogen. Das Kōain wurde 1942 in das neue Ministerium eingegliedert, ebenso wie das bisherige Überseeministerium und das Asien-Büro des Außenministeriums.

In diesem Umfeld war es eine zwangsläufige Entwicklung, dass Fürst Konoe Fumimaro im Juli 1940 sein zweites Kabinett mit Ministern bildete, von denen viele lange und prägende Berufsjahre in der Mandschurei verbracht hatten und nun versuchten, die auf diesem Experimentierfeld gemachten Erfahrungen im Sinne einer Neustrukturierung von Wirtschaft und Staatswesen auf Japan zu übertragen. Außerdem verfolgten sie eine radikale Außen- und Bündnispolitik, die schon im September in dem Abschluss des Dreimächtepaktes mit Deutschland und Italien gipfelte. In ironischer Absicht wurde daher häufig von dem „Mandschurischen Kabinett“ gesprochen. Dazu gehörten Außenminister Matsuoka Yōsuke, Heeresminister Tōjō Hideki, Staatsminister und Leiter des Planungsamtes Hoshino Naoki, Vizehandelsminister Kishi Nobusuke und Vizeaußenminister Ōhashi Chūichi. Zu den Vertrauten dieser Führungsriege gehörte auch Aikawa (auch: Ayukawa) Gisuke, der sich als Industrieller stark in der Mandschurei engagiert hatte.

24 Dazu, besonders zum *kikakuin*, ausführlich FURUKAWA Takahisa: *Shōwasenchūki no sōgōkoku-sakukikan* (Organe für allgemeine nationale Politik während des Krieges der Shōwa-Zeit). Tōkyō: Yoshikawa kōbunkan 1993.

Als im Oktober 1940 die Parteien aufgelöst wurden und ein Einheitsblock gegründet wurde, machte man dabei u.a. Anleihen bei der mandschurischen Massenorganisation Kyôwakai. Konservativen Kräften aber wurde die innen- wie außenpolitische Radikalisierung langsam unheimlich. In der Negativbilanz, die vor allem die Wirtschaft zog, standen Versuche, besonders des Kikakuin, die Industrie staatlicher Kontrolle zu unterstellen. Auch die höhere Beamtenklasse aber sah mit Misstrauen das Entstehen neuer Ministerien und Organisationen, die der klassischen Bürokratie einen Großteil der bisherigen Funktionen entzogen und Japan auf einen abenteuerlichen außenpolitischen Kurs brachten. Es sollte sich zeigen, dass es in Japan durchaus ein Potential gab, das eine allzu weit gehende „Mandschurisierung“ abbremsen konnte und den Charakter des im Jahrhundert zuvor begründeten Meiji-Staates zu einem großen Teil rettete. Diese Gegenbewegung, geführt von der Bürokratie, richtete sich gegen die radikalen Aufsteiger und fand Verbündete in Wirtschafts- und Finanzkreisen sowie unter ehemaligen Parteipolitikern und inaktiven Militärs, also der alten Elite. Die Sorge wurde laut, die Einheitsorganisation folge nicht nur dem mit Misstrauen betrachteten Modell der mandschurischen Kyôwakai, sondern auch der totalitären NSDAP des verbündeten Deutschland oder nehme gar den Kommunismus zum Vorbild. Konservative Kräfte opponierten daher gegen die neue Organisation und erreichten im Frühjahr sogar ihre quasi Entmachtung und die Unterstellung unter die klassische Bürokratie. Etwa gleichzeitig wurde ein Versuch für einen Ausgleich mit den USA initiiert. Beide Versuche, die Rückkehr zu einer gemäßigteren Außenpolitik und die zumindest teilweise Rettung des Einflusses, den die hohe Beamtenschaft und der japanische Parlamentarismus in den vorausgegangenen Jahrzehnten ausgeübt hatten, kostete den dagegen opponierenden Matsuoka sein Amt als Außenminister.²⁵ Das Problem des Großostasienministeriums wurde ebenfalls im Sinne der konservativen Bürokratie gelöst, aber so, dass jeder sein Gesicht wahren konnte: Außenminister Tôgô Shigenori war im Herbst 1942 aus Protest gegen die Gründung des neuen Ressorts zurückgetreten, und sein Nachfolger Tani Masayuki fand sich damit ab. Er, der meist der Politik der Armee entgegenzukommen suchte, konnte sich aber nur ein halbes Jahr im Amt halten. Der dann folgende Außenminister, Shigemitsu Mamoru, der in seinem Ressort über großes Prestige verfügte, setzte durch, dass ihm gleichzeitig das Großostasienministerium mit übertragen wurde.²⁶ Durch diese „Personalunion“ erhielt der Außenminister die Zuständigkeit für die Politik bezüglich Chinas und anderer asiatischer Länder zurück. Beide

25 Dazu Geruharuto KURËPUSU (Gerhard Krebs): „Matsuoka Yôsuke to Taiseiyokusankai“ („Matsuoka Yôsuke und die ‚Vereinigung zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft‘“), in: MIWA Kimitada/TOBE Ryôichi (Hrsg.): *Nihon no kiro to Matsuoka gaikô – 1940–41nen* („Japan am Scheideweg und die Außenpolitik Matsuokas 1940–41“). Tôkyô: Nansôsha 1993, S. 75–94.

26 Dazu neuerdings SHIBATA Shinichi: „Shigemitsu Mamoru gaishô no daitôashô kensetsu“ (Außenminister Shigemitsu Mamorus gleichzeitige Ernennung zum Großostasienminister), in: KOKUGAKUIN: *Nihon Bunka Kenkyûjo Kiyô*, Nr. 85, März 2000, S. 121–137.

Seiten, Armee wie Außenministerium, konnten dabei ihr Gesicht wahren, und bei dieser Regelung sollte es bis Kriegsende bleiben. Im Sommer 1944 wandte sich dann sogar der „Erzmandschure“ Kishi Nobusuke, ehemals enger Parteigänger von Premierminister General Tôjô, jetzt Staatminister und Vizerüstungsminister, gegen den glücklosen Regierungschef und trug zu seinem Sturz bei.

Trotz der verbleibenden Lücken muss man Young zugestehen, dass ihr nicht nur ein ganz großer Wurf gelungen ist, sondern dass die Präsentation von so vielen Details und Fußnotenkomentaren interessierten Wissenschaftlern noch auf Jahre hinaus eine Fundgrube bietet. Das Werk liegt auch bereits in japanischer Übersetzung vor, womit bewiesen ist, dass auch Japaner daraus lernen können.